



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 67 Juni/4 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem M Capitol, Rückseite des Gebäudes, 15.2.2023 essionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Schweiz – Der andere Schwab oder der Tiefe Staat wird sichtbar

Mittwoch, 14. Juni 2023 , von Freeman-Fortsetzung um 05:59



Stellen sie sich vor: Sie haben eine Firma und ein schönes Firmengebäude. Sie sind Chef der Firma und ihnen gehört das Gebäude. Neben ihren Angestellten, die für sie tätig sind haben sie auch einen Hausmeister, der für die technischen Belange ihres Hauses zuständig ist.

Quer durch Europa läuft ein begabter Schauspieler, nennen wir ihn Schmulunski, der immer klamm und auf Betteltour ist. Er sieht das schöne Gebäude und die gutgehende Firma. Da muss doch auch hier noch etwas zu holen sein, denkt er sich. Da sie aber sicher nichts von einem dahergelaufenen Bettler wissen wollen, fragt Schmulunski den Hausmeister an, ob er in ihrem Gebäude einen Bettelanlass durchführen dürfe. Der Hausmeister willigt ein, ohne sie zu fragen und zwingt auch noch alle Angestellten, den Ausführungen dieses Bettlers zuhören zu müssen. Sie als Chef und Besitzer dieser Firma fragen sich natürlich, wie kommt ein Hausmeister dazu, sich dieses Recht herauszunehmen. WER gibt dem Hausmeister das Recht, Dinge ausserhalb seiner Kompetenz zu veranlassen?

Oft wird dem Hausmeister Schmiergeld bezahlt, oder man kann den Hausmeister irgendwie erpressen. Das zweite wird wohl auch hier der Fall sein. Das sind die Methoden des Tiefen Staates.

In der Realität hat sich die ukrainische Botschaft in der Schweiz bei Herrn Philippe Schwab, Generalsekretär der Parlamentarischen Dienste des Bundeshauses in Bern gemeldet und gebeten, dass Selensky, seines Zeichens Präsidentendarsteller in der Restukraine, eine Bettel-Video-Konferenz vor unseren Angestellten im Nationalrat abhalten dürfen. Weit ausserhalb seiner Kompetenz (die Kommunikationsabteilung der parlamentarischen Dienste hat uns heute morgen bestätigt, dass sie KEINE POLITIK betreiben, sondern nur Dienstleistungsfunktionen für das Parlament hätten) hat er diesem Ansinnen zugestimmt. Die Verwaltungsdelegation des Parlaments, bestehend aus:

Brigitte Häberli-Koller als Präsidentin (Die Mitte, ex CVP)
Candinas Martin (Die Mitte, ex CVP)

Eva Herzog (SP)
Lisa Mazzone (Grüne)
Eric Nussbaumer (SP)
Maja Riniker FDP)

haben dieser Kompetenzüberschreitung des anderen Schwab offenbar ohne einzuschreiten zugestimmt. Interessant ist, dass kein SVP'ler in der Verwaltungsdelegation ist ...

Wie kommen die Parlamentarischen Dienste, die eigentlich für das Bereitstellen der Bleistifte, Säubern des Parlamentes etc. zuständig sind, dazu, eigenständig Politik zu betreiben?

Ist am Ende Philippe Schwab mit dem berühmten Namensvetter Klaus Schwab verwandt?

Auf jeden Fall wird hier für kurze Zeit sichtbar, dass es auch in der Schweiz einen Tiefen Staat gibt.

Wie lange wollen wir diesem Treiben unserer Angestellten noch zusehen?

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/06/schweiz-der-andere-schwab-oder-der.html#ixzz8503DCrPN>

Bevölkerungsleugnung erinnert an Klimaleugnung

Von Kirsten Stade

ST PAUL, Minnesota, USA, 25. Mai 2023 (IPS) – Eine neue Studie schätzt, dass die globale Erwärmung Milliarden von Menschen aus dem komfortablen Temperatur- und Wetterbereich, in dem wir uns entwickelt haben, verdrängen wird.

Während in der Berichterstattung der Studie darauf hingewiesen wird, dass schnelle Emissionssenkungen die Zahl der Menschen, die unter beispiellosen Extremen leben müssen, erheblich reduzieren könnten, wird das Offensichtliche nicht erwähnt, dass eine Reduzierung unserer Bevölkerung den gleichen Effekt hätte.

Vor nicht allzu langer Zeit galt die Vorstellung, dass das Bevölkerungswachstum sowohl menschliches Leid als auch Umweltzerstörung verursacht, als gesunder Menschenverstand. Das änderte sich in den 1990er Jahren im Zug mehrerer ungeheurerlicher Bevölkerungskontrollprogramme, die von Chinas Ein-Kind-Politik bis hin zu Zwangssterilisationen in China, Indien, Puerto Rico und anderswo reichten.

Heutzutage wird die blosser Erwähnung des Bevölkerungswachstums im Zusammenhang mit Umweltschutz oder menschlichem Wohlergehen als «neo-malthusianisch» oder «eugenistisch» verteufelt – ungeachtet der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Bemühungen auf eine Senkung der Fruchtbarkeit abzielt, sei es zur Linderung der Armut oder zur Armutsbekämpfung. Sie verringern den Druck auf die Ressourcen und basieren auf Rechten und sind freiwillig.

Das Besorgniserregendste an dieser Fehlcharakterisierung ist, dass sie die Aufmerksamkeit von den enormen Verletzungen der reproduktiven Rechte ablenkt, die im Namen der zunehmenden Reproduktion stattfinden.

Pronatalismus – der soziale Druck, die religiöse Doktrin und die Regierungspolitik, die darauf abzielen, Menschen dazu zu bringen, mehr Kinder zu bekommen – ist seit langem die am weitesten verbreitete Form des Fortpflanzungszwangs.

Der Pronatalismus wird von Familienmitgliedern, religiösen Führern und Politikern, die rassistische, nationalistische, militärische und/oder wirtschaftliche Ziele verfolgen, auf die Menschen eingepägt und zeigt sich in Abtreibungsverboten und alarmierenden Botschaften, die die Geburt bestimmter ethnischer Gruppen fördern. Der rote Faden besteht darin, Menschen als reproduktive Gefässe für externe Agenden zu behandeln.

Über 218 Millionen Frauen weltweit, die eine Schwangerschaft vermeiden möchten, haben einen ungedeckten Bedarf an Verhütungsmitteln. Diese besorgniserregende Realität ist das Ergebnis sowohl der schlichten Nichtverfügbarkeit von Verhütungsmitteln als auch einer tief verwurzelten pronatalistischen Einstellung – oft von Ehemännern und anderen Familienmitgliedern –, die es Frauen unmöglich macht, diese zu verwenden.

Wenn von Frauen erwartet wird, dass sie ungeachtet ihrer eigenen Wünsche grosse Familien zeugen, verweigert der Pronatalismus nicht nur ihre reproduktive Autonomie; es verschlimmert auch die Armut und schädigt die Umwelt. Eine neue Studie des schwedischen Forschungsrats widerlegt das hartnäckige Missverständnis, dass das Bevölkerungswachstum einen vernachlässigbaren Einfluss auf den Klimawandel hat, da es sich auf Länder mit niedrigem Verbrauch konzentriert.

Tatsächlich kommt die Studie zu dem Schluss, dass das Bevölkerungswachstum der grösste Treiber für CO₂-Emissionen ist und die durch erneuerbare Energien und Effizienz erzielten Emissionsreduzierungen zunichte macht. Laut dem Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) ist das Bevölkerungswachstum einer der «stärksten Treiber der CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe im letzten Jahrzehnt».

Das Bevölkerungswachstum und die daraus resultierende landwirtschaftliche Expansion führen zu Wasserknappheit, Bodenverarmung, Entwaldung, Landdegradation und Schäden an Ökosystemen, auf die der Mensch angewiesen ist. Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltauswirkungen ist klar, wird jedoch häufig geleugnet, und diese Leugnung hat reale Konsequenzen.

Da die Bewältigung des Bevölkerungswachstums in den 1990er Jahren in Ungnade gefallen ist, sind die internationalen Mittel für Familienplanung um 35 Prozent zurückgegangen und werden den weltweiten Bedarf bei weitem nicht decken.

Der Bevölkerungsleugner erinnert in seiner Missachtung der Wissenschaft und seinem Versäumnis, das Leid von Millionen Menschen anzuerkennen, an den Klimaleugner. Bevölkerungsleugner berufen sich auf Malthus und Margaret Sanger, um die Bedenken der Bevölkerung zu entkräften, indem sie sie mit berüchtigten Quellen in Verbindung bringen, während sie unanfechtbare Quellen wie den IPCC ignorieren.

Während Malthus Doomismus und Paul Ehrlichs «Bevölkerungsbombe» keine neuen landwirtschaftlichen Technologien vorhersahen, die die von ihnen vorhergesagte Hungersnot und den Bevölkerungsabschwung abwenden würden, machen Bevölkerungsleugner den gegenteiligen Fehler.

Sie sind fest davon überzeugt, dass Technologie unsere Probleme auf magische Weise lösen wird, und gehen davon aus, dass neue kohlenstoffarme Energiequellen und unbewiesene Eingriffe wie die Kohlenstoffabscheidung alles lösen werden.

Das werden sie nicht.

Tatsächlich wirft grüne Technologie selbst schwerwiegende ökologische und soziale Probleme auf. Solar- und Windenergie sowie die Infrastruktur zur Übertragung des von ihnen erzeugten Stroms erfordern weit mehr Landfläche als Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen, mit Folgen für die Tierwelt und ihren Lebensraum. Lithium-Ionen-Batterien in Elektroautos und E-Bikes verwenden Kobalt, das in der Demokratischen Republik Kongo von Niedriglohnarbeitern abgebaut wird, die Giftmülldeponien und Massenvertreibungen ausgesetzt sind.

Bevölkerungsleugner sind zu Recht besorgt über eine gerechte Entwicklung der verarmten Regionen der Welt, aber Entwicklung wird mehr Emissionen, mehr Wasserverbrauch und mehr Zerstörung von Lebensräumen bedeuten.

Wenn sich die aktuellen Trends fortsetzen, wird die globale Mittelschicht bis 2030 voraussichtlich 5 Milliarden erreichen. Um es allen Menschen zu ermöglichen, einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen, ohne die natürlichen Systeme zusätzlich zu belasten, müssen wir den Zugang zur Familienplanung für alle Menschen zu einem dringenden internationalen Anliegen machen.

Die gute Nachricht ist, dass sich dies nicht nur für den Planeten, sondern auch für das Wohlergehen der Menschen auszahlt. In jeder Kultur, in der die Geburtenraten gesunken sind, reichen selbst enorme staatliche Investitionen in Pronatalismus-Anreize nicht aus, um Frauen zu zwingen, zu den hohen Geburtenraten zurückzukehren, die sie hinter sich gelassen haben – ein Hinweis darauf, dass Frauen einen latenten Wunsch nach niedriger Fruchtbarkeit haben.

Dies deutet darauf hin, dass der Weg in die Zukunft darin liegt, die menschlichen und ökologischen Belastungen hoher Geburtenraten und des daraus resultierenden Bevölkerungswachstums anzuerkennen und Frauen den universellen, kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibungsbehandlungen zu ermöglichen, der es ihnen ermöglicht, ihre reproduktiven Wünsche zu verwirklichen.

Kirsten Stade ist Naturschutzbiologin und Kommunikationsmanagerin der NGO Population Balance IPS UN-Büro

Quelle: <https://www.ipsnews.net/2023/05/population-denialism-reminiscent-climate-denialism/>

Ein Artikel aus der britischen Internetz-Zeitung «The Independent»

Kids are cute but they're not really eco-friendly

One less baby helps the planet more than giving up meat, car

Caroline Mortimer

Having children is the most destructive thing a person can do to the environment, according to a new study.

Researchers from Lund University in Sweden found having one fewer child per family can save "an average of 58.6 tonnes of CO2-equivalent emissions per year".

Eating meat, driving a car and travelling by aeroplane made up the list of the most polluting things people can do to the planet.

But having children was top, according to the new study, published in the *Journal Environmental Research Letters*.

"A US family who chooses to have one fewer child would provide the same level of emissions reductions as 684 teenagers who choose to adopt comprehensive recycling for the rest of their lives," it said.

Lead author Seth Wynes told *The Local*: "We found there are four actions that could result in substantial decreases in an individual's carbon footprint: eating a plant-based diet, avoiding air travel, living car free and having smaller families."

"For example, living car-free saves about 2.4 tonnes of CO2 equivalent per year, while eating a plant-based diet saves 0.8 tonnes of CO2 equivalent a year."

The paper, which studied analysed 39-peer reviewed journals studying the environmental policies of several major economies, found most governments focused on incremental changes which have "much smaller potential to reduce emissions".

Although governments focused on increasing recycling schemes and using energy efficient light bulbs, these methods were between four and eight times less effective than eating a plant-based diet.

Researchers found that avoiding one trans-Atlantic flight per year can save between 0.7 and 2.8 tonnes of CO2 equivalent per year (depending on the distance travelled, amount of luggage on board and how many passengers on the flight) whereas recycling will typically only save 0.21 tonnes of CO2 equivalent per year. This means recycling is 3-13 times less likely to save the planet than avoiding that extra flight. Carbon emissions must fall to two tonnes of CO2 per person by 2050 to avoid severe global warming, say researchers.

GOOD FOR THE EARTH

Activity	CO2 saved/yr (tonnes)
Not having babies	58.6
Avoiding trans-Atlantic flights	2.8
Living car-free	2.4
Washing clothes in cold water	0.3
Upgrading light bulbs	0.1
Eating a plant-based diet	0.8

Überbevölkerung

Zeitungsbeitrag, 17. Juni 2023

Dies bezieht sich auf den Brief «Overpopulation» (5. Juni 2023) von Danial Tanvir. Meiner Meinung nach ist Überbevölkerung das grösste soziale Problem, mit dem Pakistan konfrontiert ist, da es alle anderen Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, verschärft.

Im Interesse des Fortschritts und der Stabilität müssen wir Massnahmen ergreifen, um unser Bevölkerungswachstum zu verlangsamen.

Abbas R. Siddiqi

Lahore

Newspost

Overpopulation

June 17, 2023

This refers to the letter, 'Overpopulation' (June 5, 2023) by Danial Tanvir. I think overpopulation is the number one social issue Pakistan is facing as it exacerbates all the other problems we face.

We have to adopt measures to slow our population growth for the sake of progress and stability.

Abbas R Siddiqi

Lahore

Quelle: <https://www.thenews.com.pk/print/1081322-overpopulation>

Jharkhand leidet unter intermittierender Hitzewelle: Überbevölkerung und Klimawandel sind dafür verantwortlich

Die meteorologische Abteilung sagte in ihrer vorherigen Prognose, dass die Dauer der Hitzewelle in diesem Jahr länger sein würde als im letzten Jahr. Anfang Juni lag die Temperatur in Ranchi bei 39,7 Grad Celsius und die Hitzewelle dauerte bis 17 Uhr abends.



Hitzewelle in Indien Foto: Suresh K Pandey/Outlook
MD Asghar Khan, AKTUALISIERT: 13. JUNI 2023 14:14 UHR

Dies ist das erste Mal, dass die 80-jährige Hasina Khatoon in der Sommersaison von Ranchi eine so unerträgliche sengende Hitze erlebt. Während ihres 50-jährigen Aufenthaltes in der Stadt hat sie noch nie so lange heiße Sommerwinde erlebt, die bis 17 Uhr anhielten.

«Ich gehe in und um meinen Wohnort herum. Abends ging ich immer spazieren. Allerdings ist es mittlerweile sehr schwierig geworden, mein Haus zu verlassen. Der Toilettengang (starker, staubiger, böiger, heisser und trockener Sommerwind) wird immer schlimmer. Nur nachts gehe ich auf die Terrasse. Wo kann ich bei diesem Wetter rausgehen? Ich fürchte, es wird mein Leben kosten», sagt sie.

Die meteorologische Abteilung sagte in ihrer vorherigen Prognose, dass die Dauer der Hitzewelle in diesem Jahr länger sein würde als im letzten Jahr. Als die Berichte Anfang Juni herauskamen, lag die Temperatur in Ranchi bei 39,7 Grad Celsius und die Hitzewelle dauerte bis 17 Uhr abends. Im gleichen Zeitraum betrug die Temperatur im Distrikt Godda 44 Grad Celsius und in Daltongunj 43 Grad Celsius. Angesichts der zunehmenden Hitzewelle wurde in den Distrikten Giridih, Deoghar und Godda eine orangefarbene Warnung ausgegeben. Für die übrigen Bezirke wurde Alarmstufe Gelb ausgerufen.

Godda, Jamshedpur, Daltongunj und Dhanbad sind die Bezirke, in denen im Sommer die höchsten Temperaturen herrschen. Allerdings ist Ranchi, 650 Meter über dem Meeresspiegel gelegen, schon immer für sein kühles Wetter bekannt. Während des britischen Regimes war Ranchi die Sommerhauptstadt des ehemaligen Bihar (früher war Jharkhand ein Teil von Bihar). Allerdings führten die wachsende Bevölkerung und der Bau von Pakka-Häusern zu einer drastischen Veränderung der Wetterbedingungen in der Stadt. Die Gründung von Jharkhand (15. November 2000) verschärfte diesen Wandel noch.

Nitish Priyadarshi, Professor an der Ranchi University und Umweltschützer, ist der Ansicht, dass Ranchi sich von der Sommerhauptstadt zu einer städtischen Wärmeinsel entwickelt hat. Hatte es in Ranchi jemals so eine Toilette und eine solche Hitzewelle gegeben? Priyadarshi sagt: «Diese Art von Hitzewellentrend gab es bisher nicht. Früher gab es auch Sommerhitze. Sobald die Temperatur jedoch 38 bis 40 Grad erreichte, regnete es. Heutzutage gibt es keinen Niederschlag, selbst wenn die Temperatur über 40 Grad steigt.»

Es gibt jedoch viele Gründe für diese sengende Hitzewelle. Nach der Gründung des Bundesstaates Jharkhand hat sich die Bevölkerung von Ranchi fast verdoppelt. Ranchi hat ein felsiges Gelände. Mittlerweile ist die Stadt zu einem Betonschunzel geworden. Das Grün, das einst ein Teil von Ranchi war, ist hier nicht mehr zu finden. Die direkt auf diese Betongebäude fallende Wärme wird absorbiert und strahlt zurück in die Atmosphäre. Dadurch wird die Oberluft aus den oberen Schichten der Atmosphäre in Richtung Boden gezogen, wo sie komprimiert wird und zu höheren Temperaturen führt. Früher trugen die Flora und Fauna,

Teiche und Parks zur Verdunstung bei und brachten Regen nach Ranchi, wodurch es grösstenteils kühl blieb, erklärt der Wissenschaftler.

Laut der Volkszählung stieg die Bevölkerung von Ranchi zwischen 1951 und 2011 von 106'849 auf 1'073'427. Einem der Berichte zufolge hat nur das Gemeindegebiet von Ranchi eine Bevölkerung von mehr als zehn Lakhs und der gesamte Bezirk hat mehr als dreissig Lakhs. Laut der Volkszählung von 2011 beläuft sich die Bevölkerungszahl des Bundesstaates auf etwa 3,29 crores und wird derzeit auf etwa 4 crores geschätzt. In den 24 Bezirkshauptquartieren gibt es 1'525'412 Häuser, die sich schätzungsweise auf 2'196'593 erhöhen.

Das Wetteramt geht davon aus, dass nicht nur Ranchi oder Jharkhand, sondern das ganze Land unter der sengenden Hitzewelle leidet. Letztes Jahr litten bis zum 28. April fast 80 Prozent des Landes unter der Hitzewelle. In diesem Jahr herrschte im März eine schockierende Durchschnittstemperatur von 33,10 Grad Celsius, die höchste Temperatur seit 122 Jahren (33,09 Grad im Jahr 1901). Mit einer Durchschnittstemperatur von 29,66 Grad Celsius wurde der Februar 2023 als der heisseste seit 123 Jahren registriert. (Im Jahr 1901 betrug die Temperatur 29,48 Grad Celsius).

Innerhalb von zwei Jahren hat die Temperatur von Ranchi alle bisherigen Rekorde gebrochen. Nach Angaben der meteorologischen Abteilung hatte der Quecksilberanstieg im vergangenen Jahr den Rekord von 44 Jahren gebrochen. Die Durchschnittstemperatur der Stadt betrug zwischen 1969 und 2014 35,8 Grad Celsius und zwischen 2015 und 2021 36,7 Grad Celsius. Im Jahr 2022 stieg die Durchschnittstemperatur auf 39,4 Grad Celsius und die Höchsttemperatur stieg auf 43 Grad Celsius. Letztes Jahr im April gab es in Ranchi keinen einzigen Tag Regen – zum ersten Mal seit 23 Jahren. Auch die anderen Bezirke von Jharkhand litten unter der Höchsttemperatur von 46 Grad.

Letztes Jahr dauerte die Hitzewelle von der letzten Märzwoche bis April. Allerdings dauert die Hitzewelle, die im April und Mai begann, in diesem Jahr bis zur zweiten Juniwoche an. Der Direktor der indischen Meteorologieabteilung Ranchi, Abhishek Anand, glaubt, dass der Klimawandel eine wichtige Rolle spielt.

«Diese Hitzewelle ist eine Folge des Klimawandels. Wir geben nicht unser Bestes, um uns zu schützen und die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen. Extreme Wetterereignisse werden häufiger und intensiver. Wasser, Wald und Land stehen nicht mehr zur Verfügung. Bäume und Berge verschwinden. Bevölkerung und Umweltverschmutzung haben um ein Vielfaches zugenommen. Aufgrund dieser Aktivitäten nimmt auf lokaler Ebene die Hitzewelle in der Stadt zu. Der Klimawandel hat auch den Wetterzyklus beeinflusst», sagt Anand.

Aufgrund der geografischen Lage der Bezirke Kolhan und Palamu in Jharkhand kommt es an diesen Orten immer zu Hitzewellen. Die Welle beginnt im April und dauert bis Mai. Allerdings kommt es seit 15 Jahren ab Mitte März zu einer Hitzewelle. Keine Saison ist mittlerweile normal geblieben.

«Nehmen Sie dieses Jahr den Monat Februar. Es war so heiss. Diesmal hat es keine westlichen Unruhen gegeben. Dezember, Januar und Februar sind die Hauptmonate für die Unruhen im Westen. In dieser Zeit fällt starker Schneefall. Heutzutage gibt es kein saisonales Muster mehr. Ranchi ist eine hügelige Region. In hügeligen Gebieten herrscht nur so lange ein angenehmes Klima, bis die Bevölkerung begrenzt bleibt. Die Zunahme der Bevölkerung wird zu Umweltungleichgewichten führen», fügt Anand hinzu.

Anand glaubt, dass sich die Situation in Jharkhand verschärfen wird und es in Ranchi zu akutem Trinkwassermangel kommen wird, wenn die Land-, Wasser- und Waldprobleme nicht bald angegangen werden. Die steigende Bevölkerungszahl wirkt sich auf den Grundwasserspiegel aus. Medienberichten zufolge sind im Gemeindegebiet mehr als 1200 Bohrungen gescheitert. Auch die Abholzung der Wälder und die wachsende Bevölkerung in Jharkhand geben Anlass zur Sorge. Der jüngste Bericht über den Waldzustand in Indien besagt, dass das wahllose Fällen von Bäumen dazu geführt hat, dass 10'108 Quadratkilometer Land ohne Bäume zurückgeblieben sind.

Der Wandel in der Natur der Wälder und des Landes von Jharkhand spiegelt sich nun in den Jahreszeiten des Staates wider. Eine von UNDP durchgeführte Studie besagt, dass die durchschnittliche Höchsttemperatur während der Sommersaison im Jahr 2050 von 41,87 auf 43 Grad Celsius ansteigen würde. Bis 2080 würde sich dieser Wert während der Sommersaison von 42,09 auf 45 Grad Celsius ändern.

Der Klimawandel hat die normale Niederschlagsmenge im Bundesstaat beeinflusst. In den letzten 70 Jahren kam es zu Veränderungen im Niederschlagsmuster. Nach Angaben des Meteorologischen Amtes fielen zwischen 1951 und 2000 rund 1091,9 mm Niederschlag. Zwischen 1961 und 2010 sank sie auf 1054,7 mm. und zwischen 1971 und 2020 waren es 1022,9 mm.

(Übersetzt von Kaveri Mishra)

Quelle: <https://www.outlookindia.com/national/jharkhand-reeling-under-intermittent-heat-wave-overpopulation-and-climate-change-responsible-news-294346>

Wie werden die USA nach dem Scheitern der Kiewer Gegenoffensive reagieren?

18 Juni 2023 17:04 Uhr

Wie auch immer die Reaktion aus Washington auf das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive aussehen wird, es muss sich an dieser Tatsache orientieren und im Idealfall deeskalieren. Mit einer weiteren Eskalation ist in diesem Konflikt nichts mehr zu erreichen.

Eine Analyse von Andrew Korybko

Die von der NATO unterstützte Kiewer Gegenoffensive begann katastrophal, was selbst die Mainstream-Medien zugeben mussten, nachdem die Fakten vor Ort nicht mehr geleugnet werden konnten. CNN berichtete, dass die ukrainischen Offensivkräfte in der ersten Woche der Operation bereits etwa 15 Prozent ihrer Bradley-Infanterie-Kampffahrzeuge verloren hatten, während Forbes vermeldete, dass etwa derselbe Prozentsatz der deutschen Leopard-Panzer sowie die Hälfte der Minenräumer und «Durchbruchsfahrzeuge», die den Panzern vorausgehen, zerstört wurden. Im Kreml behauptete Präsident Putin, dass 25 bis 30 Prozent der gesamten ausländischen Ausrüstung verloren gegangen sei.

Bidens Wiederwahl hängt vom Erfolg der wichtigsten militärischen Kampagne des Westens seit dem Zweiten Weltkrieg ab und wirft daher die Frage auf, wie die USA nach diesem Scheitern reagieren werden. Das beste Szenario wäre, dass man Kiew dazu zwingen würde, mit Russland Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen, die auf einen Waffenstillstand nach koreanischem Vorbild abzielen, aber das wird wahrscheinlich erst geschehen, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft sind. Dazu gehören die Ausweitung des Konflikts auf Weissrussland, auf Moldawien und/oder an Russlands Grenzen vor 2014 sowie die Zustimmung zu einer von Polen angeführten Militärintervention.

Alle diese Optionen könnten zu einem von den USA provozierten nuklearen Risikospiele mit Russland führen, auf das bereits vorbereitet wird, wie die derzeit grössten Luftübungen der NATO in Deutschland und die gemeldete Aufstockung ihrer nuklearen Fähigkeiten auf dem europäischen Kontinent belegen. Es besteht jedoch keine Chance, dass dieses gefährliche Wagnis gelingt und Russland vor einer Erpressung kapituliert, da es durchaus in der Lage ist, zu garantieren, dass der Westen vollständig zerstört wird, wenn er es wagen würde, zuerst Atomwaffen einzusetzen.

Russische U-Boote durchstreifen die Ozeane und sind jederzeit bereit, einen nuklearen Vergeltungsschlag zu lancieren, wenn der Befehl dazu erteilt wird. An der europäischen Front wurde Kaliningrad in eine nuklear ausgerüstete Festung verwandelt, während in Weissrussland taktische Atomwaffen stationiert werden sollen. Russische Hyperschallraketen von Typ Kinschal können den sogenannten Raketenabwehrschild der USA durchdringen, sodass keine Hoffnung besteht, eine «garantierte gegenseitige Zerstörung» abzuwenden, falls liberal-globalistische Kriegstreiber beschliessen sollten, zuerst zuzuschlagen.

Diese rein defensiven Fähigkeiten Russlands dürften mehr als ausreichen, um eine Apokalypse abzuwenden, obwohl nicht davon ausgegangen werden kann, dass die USA nach dem Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive rational reagieren werden. Zu sehr wird auf das unmögliche Szenario gesetzt, dass die Ukraine Russland vollständig aus allen Gebieten vertreibt, die es für sich beansprucht, als dass Washington einfach eine Niederlage hinnehmen würde. Die politischen Entscheidungsträger könnten daher aus Verzweiflung denken, dass sie erst eskalieren sollten, um dann zu deeskalieren, um damit etwas zu erreichen, das als eine Form von «Sieg» dargestellt werden kann.

Es besteht keine Chance, dass Russland jemals einseitige Zugeständnisse in Bezug auf seine objektiven nationalen Sicherheitsinteressen machen wird, geschweige denn angesichts einer nuklearen Erpressung, weshalb die liberal-globalistischen Kriegstreiber in den USA diesen Gedanken verbannen sollten, bevor sie die Existenz der Menschheit aufs Spiel setzen. Wie auch immer die Reaktion aus Washington auf das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive aussehen wird, es muss sich an dieser Tatsache orientieren und im Idealfall deeskalieren. Mit einer weiteren Eskalation ist in diesem Konflikt nichts mehr zu erreichen.

Aus dem Englischen

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien spezialisiert hat, sowie auf Chinas Belt & Road Initiative, Russlands geopolitischem Balanceakt und hybrider Kriegsführung.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/meinung/172785-wie-werden-usa-nach-scheitern-der-kiewer-gegenoffensive-reagieren/>

Jahrestag des US-Abzugs wird afghanischer Nationalfeiertag

18 Juni 2023 10:51 Uhr

Afghanistan hat einen neuen Feiertag eingeführt, um das Datum zu feiern, an dem der letzte US-Soldat das Land verlassen hat. Nach Angaben auf der Website der Taliban-Regierung wird der Abzug der ausländischen Truppen jedes Jahr am 31. August gefeiert.

Die ersten Feierlichkeiten wurden im vergangenen Jahr organisiert, als die Behörden und Taliban-Anhänger den ersten Jahrestag des Abzugs begingen. Taliban-Kämpfer veranstalteten eine Kundgebung auf dem Massoud-Platz in Kabul vor dem ehemaligen Gebäude der US-Botschaft.

Der letzte amerikanische Soldat, Generalmajor Chris Donahue von der US-Armee, bestieg kurz vor Ablauf der Abzugsfrist am 31. August 2021 ein Militärtransportflugzeug und beendete damit den zermürenden 20-jährigen Feldzug.

Die USA und ihre Verbündeten entsandten im Jahr 2001 Truppen nach Afghanistan, um al-Qaida und andere dschihadistische Gruppen im Rahmen des globalen «Kriegs gegen den Terror» zu bekämpfen, den Washington nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ausgerufen hatte.

Überstürzte Evakuierung nach Eroberung Kabuls

Die westlichen Streitkräfte nahmen Kabul schnell ein, aber die Taliban blieben in weiten Teilen des Landes aktiv, und der Krieg gegen die Aufständischen zog sich über viele Jahre hin, während die Kampagne in den USA immer unpopulärer wurde.

Die Taliban eroberten schliesslich mehrere Provinzhauptstädte zurück und nahmen Kabul im August 2021 ohne nennenswerten Widerstand ein. Der unerwartete Fall der Stadt zwang das Pentagon zu einer überstürzten Evakuierung von Diplomaten, amerikanischen Staatsangehörigen und ihren afghanischen Helfern. Washington wurde für sein Vorgehen bei der Evakuierung und dafür, dass Tausende von verbündeten Afghanen zurückgelassen wurden, heftig kritisiert.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/asien/172953-jahrestag-us-abzugs-wird-afghanischer/>

Alle wollen den Frieden – und Deutschland zieht in den Krieg

18 Juni 2023 12:24 Uhr

Obwohl alle am Konflikt beteiligten Parteien beteuern, Frieden zu wollen, geht der Krieg in der Ukraine weiter. Jede Seite hat andere Vorstellungen vom Frieden und den Bedingungen für Verhandlungen. Warum hat die deutsche Friedensbewegung keinen Einfluss auf die Entwicklung?

von Rüdiger Rauls

Schuld am Krieg sind immer die anderen, denn niemand will Krieg, und dennoch ist er allgegenwärtig. Es ist ein beliebter Ansatz, die Rüstungsindustrie als Triebfeder hinter den Kriegen zu sehen. Das entspricht aber nicht den Gegebenheiten. Zwar sind die Waffenschmieden unbestritten jener Wirtschaftszweig, der am meisten am Krieg verdient, aber sie machen nur einen geringen Prozentsatz der Wirtschaftsleistung der Industriestaaten aus. In Deutschland betrugen die Ausgaben für das Militär insgesamt in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt etwa 1,2 Prozent des Staatshaushalts.

Die Wirtschaft will keinen Krieg

Diese Gelder kamen aber nicht nur der inländischen Rüstungsindustrie zugute. Ein grosser Teil davon wurde für ausländische Waffensysteme ausgegeben. Das bedeutet, dass die deutsche Rüstungsindustrie sich die deutschen Verteidigungsausgaben mit ausländischen Konkurrenten teilen muss. Hinzu kommt, dass Rüstungsgüter bei den meisten Waffenherstellern nicht das Kerngeschäft ausmachen. Beim Flugzeughersteller Airbus macht der Anteil der Rüstung nur etwa 20 Prozent am Gesamtumsatz aus, und selbst der Leopard-Bauer Rheinmetall macht einen nicht unwesentlichen Teil seines Umsatzes mit der Herstellung ziviler Produkte, zum Beispiel mit Wärmepumpen.

Der überwiegende Teil der Wirtschaft hat vom Krieg wenige Vorteile. Er ist teuer, und Verlauf wie auch Ergebnis sind nicht abzuschätzen. Denn Krieg führt nicht immer zum Sieg, er kann auch in der Niederlage enden. Das weiss man in der Wirtschaft, besonders in der deutschen, die zwar an zwei Weltkriegen gut verdient hatte, danach aber durch die Zerstörung der eigenen Industrieanlagen und Auflagen der Siegermächte zurückgeworfen worden war.

Der überwiegende Teil der deutschen Industrieprodukte nach 1945 dienten und dienen der Zivilwirtschaft, nicht dem Krieg. Damit wird Gewinn gemacht. Rüstung ist für die meisten Unternehmen ein Randgeschäft, das man aber gerne mitnimmt, wenn daraus Gewinne zu erzielen sind. Doch selbst heute, in Zeiten der Konfrontation mit Russland und den zunehmenden Spannungen mit China, steht die deutsche wie auch

die europäische Wirtschaft dieser Entwicklung nicht erfreut gegenüber. Märkte brechen weg, gewaltige Umsätze gehen verloren.

Abgesehen von der Rüstungsindustrie hat die Wirtschaft insgesamt mehr Interesse am Frieden als am Krieg. Friedenszeiten sind die Zeiten für Investitionen, Handel und Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit, nicht die Kriegszeiten. Deshalb warten die meisten Unternehmen auf das Ende eines Krieges, ehe sie beginnen zu investieren. Bis auf Rheinmetall gilt das auch für den Ukraine-Krieg.

Worte als Waffen

Medienkonzerne haben grösseren Einfluss auf Krieg oder Frieden als Waffenhersteller. Es ist die feindselige Haltung von Meinungsmachern in Politik, Medien und Kultur, die Unfrieden stiftet und Zwietracht sät. Sie vergiften nicht nur das Verhältnis gegenüber anderen Staaten sondern auch unter den gesellschaftlichen Gruppen im eigenen Land.

Sie machen Stimmungen, weil sie als Medien an den Ängsten der Menschen verdienen, die sie selbst verbreiten. Sie schaffen Feindbilder, weil sie als Politiker den Menschen einreden, sie vor diesen Feinden zu beschützen. Sie entwerfen Theorien, Weltbilder und Elitedenken, weil sie sich als Wissenschaftler und Kulturschaffende anderen intellektuell und moralisch überlegen fühlen.

Der Ukraine-Krieg wäre vermeidbar gewesen, wenn der Westen die Sicherheitsinteressen Russlands ebenso respektiert hätte, wie er es für die eigenen erwartet. Besonders das westliche Vormachtstreben und seine Uneinsichtigkeit gegenüber den Interessen anderer Völker und Staaten waren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Ursache der meisten Kriege gewesen. Diese hätten grösstenteils verhindert werden können, hätte auf westlicher Seite mehr Bereitschaft zum ehrlichen Dialog bestanden und weniger Feindseligkeit.

Vorstellungen und Möglichkeiten

Die Vorstellungen vom Frieden sind bei allen Beteiligten unterschiedlich. Für Russland geht es darum, dass von ukrainischem Gebiet keine Gefahr mehr für die eigene Sicherheit ausgeht. Deshalb will es vornehmlich die Entmilitarisierung der Ukraine erreichen. Sie darf kein Aufmarschgebiet für die NATO werden. Zudem fordert Russland die Anerkennung der neuen politischen Realitäten im Donbass und auf der Krim, weil die Bevölkerung sich dafür ausgesprochen hat.

Aus der Sicht der Ukraine bedeutet Frieden, wenn der territoriale Zustand von 1991 wiederhergestellt ist und die russische Armee all diese Gebiete geräumt hat. Ihr ist aber auch klar, dass sie diese Ziele ohne Unterstützung des Westens nicht erreichbar sind. Sie weiss um ihre Abhängigkeit von westlichen Waffenlieferungen, weil sie – anderes als Russland – über keine wesentliche Waffenproduktion verfügt. Unter diesen Bedingungen steigen ihre Forderungen gegenüber dem Westen, was Art und Umfang der Waffenlieferungen angeht.

Im Westen ist die Lage uneinheitlicher. Starke Kräfte in der Politik und besonders den Medien wollen eine Niederlage Russlands, von der es sich nie wieder erholen soll. Auch grosse Teile der westlichen Bevölkerung fühlen sich von Russland bedroht. Für sie alle ist der Frieden wiederhergestellt, wenn Russland die Ukraine verlässt – entweder aufgrund wirtschaftlicher und militärischer Erschöpfung, am besten aber aufgrund eines Regime-Changes in Russland. Aus deren Sicht ist es folgerichtig zu glauben, durch umfangreichere Waffenlieferungen dem Frieden näher zu kommen.

Jedoch ist fraglich, ob es diesen Kräften wirklich um das Schicksal der Ukrainer geht. Bei ihnen handelt es sich viel eher um von Ideologie oder Feindseligkeit Getriebene. Ihnen geht es weniger um den Sieg der Ukraine als vielmehr um die Niederlage und den Untergang Russlands. Sie sind unerbittlich feindselig oder im Falle der Grünen selbstgerecht.

Deshalb gibt es für sie auch kein Zurück, kein Einlenken und keine Verhandlungen. Auf dem Rücken der Ukrainer lassen sie bis zum bitteren Ende kämpfen. Und weil sie schon so viel in den Sieg investiert haben, wird weiter geliefert, was die Arsenale hergeben. Denn nichts wäre unerträglicher für sie als die Vorstellung, dass die Ukraine kurz vor dem Untergang Russlands kapitulieren könnte.

Für diese Kräfte im Westen endet der Krieg erst, wenn keine Waffen mehr geschickt werden können oder die Ukraine aufgrund personeller Erschöpfung beziehungsweise der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung zusammenbricht. Die ukrainische Führung wird so lange weiterkämpfen, wie der Westen mitspielt. Denn sie verfolgt ihre Interessen, die sie als die Interessen des Landes und der Bevölkerung ansieht.

Werteorientiert

Die Stimmen, die eine Verhandlungslösung zwischen Russland und der Ukraine fordern, haben wenig Gewicht. Die Bewegung, die Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer angestossen haben, hat das gesellschaftliche Potenzial, das vorhanden war, nicht zu nutzen gewusst. Ihren grossen Ankündigungen auf der Demonstration Ende Februar in Berlin liessen sie keine Taten folgen.

Das liegt nicht zuletzt an der Widersprüchlichkeit der eigenen Argumentation und ihrem wertorientierten Ansatz. Sie wollen das Töten auf beiden Seiten beenden, was ehrenhaft ist. Aber auf die Mächtigen dieser

Welt macht das wenig Eindruck. Die deutsche Friedensbewegung überlässt diesen allein die Initiative, eigenständige Handlungsmöglichkeiten entwickelt sie nicht.

In ihrem «Manifest für den Frieden» argumentieren sie ähnlich wie die Kriegsbefürworter im Westen. Sie beschuldigen Russland des Angriffskriegs und sprechen davon, dass «Frauen vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert wurde». Deshalb fordern sie: «Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität.» Man will den Eindruck vermeiden, auf Russlands Seite zu stehen.

Dem Grossteil der deutschen Bevölkerung ist der Krieg egal, solange er nicht auf Deutschland übergreift und nicht zu einem Atom- oder Dritten Weltkrieg führt. Und solange die USA keine weitreichenden Waffen schicken, dürfte diese Gefahr begrenzt sein. Die Bevölkerung ist nicht für den Krieg, weiss aber besser als die Werteorientierten um Wagenknecht, dass Friedensappelle an der Situation nichts ändern werden. Ausserdem: Wenn Russland der Angreifer ist, wieso sollte man sich dann als deutscher Bürger für Verhandlungen einsetzen? Die meisten ahnen, dass sie sich damit in Gefahr bringen, im eigenen Umfeld als «Putinverstehen» gebrandmarkt zu werden oder gar ins Visier der Justiz zu gelangen. Das ist es ihnen nicht wert.

Interessenorientierung

Der grösste Teil der Bevölkerung denkt nicht wertorientiert, für ihn stehen die eigenen Interessen im Vordergrund. Wer diesen Teil der Bevölkerung erreichen will, muss die wirtschaftlichen Folgen des Krieges hervorheben. Ohne die aktive Unterstützung eines bedeutenden Teils der Menschen wird die deutsche Regierung nicht zum Umdenken gezwungen. Das gelingt aber nicht, wenn man die Bevölkerung in einer Frage, die die eigenen Interessen nicht berührt, in Konflikt mit der Regierungsmacht bringt.

Das Interesse der kleinen Leute im heutigen Konflikt lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: «Keinen Euro für den Krieg!» Wir brauchen das Geld zur Linderung der Not im eigenen Land, zur Unterstützung der Menschen gegen die immer unerträglicheren Preissteigerungen von Lebensmitteln und Energie. Zur Unterstützung der Tafeln. Zur Förderung des Wohnungsbaus. Zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, wo mittlerweile sogar Medikamente knapp werden. Überall herrscht Mangel. Nur für den Krieg scheint Geld im Überfluss vorhanden.

Schwarzer und Wagenknecht sind abgetaucht. Sie haben kein politisches Konzept. Ihre Werteorientierung hat sie in eine Sackgasse geführt. Dabei haben sie die Schlüssel in der Hand. Ihre Petition hat 800'000 Unterstützer. Das sind nicht nur Unterschriften. Das sind auch Kontakte. Diese Kontakte haben sie bisher nicht genutzt. Sie böten die Möglichkeit, lokale Unterstützergruppen ins Leben zu rufen, die vor Ort für Bewegung sorgen könnten.

Vor allem besteht auf diesem Wege die Möglichkeit, Veranstaltungen zu organisieren und den Protest auf die Strasse zu bringen, vielleicht zuerst nur lokal, perspektivisch aber regional und bundesweit. Aber es muss klar sein, dass es dabei nicht um allgemeine Friedensappelle geht, sondern um den Protest der Menschen gegen die steigenden Preise und die Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen. Über den Frieden in der Ukraine wird nicht bei uns entschieden, aber darüber ob unsere Steuergelder zur Linderung von Not oder zur Finanzierung des Krieges eingesetzt werden.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/172855-alle-wollen-frieden/>

Plötzlich und unerwartet verstorben: Das Bundesinstitut, das seine eigenen Daten nicht kennen will

17 Juni 2023 20:31 Uhr

Mindestens zwölf Minderjährige starben kurz nach einer Corona-Spritze. Hunderte Geimpfte fielen binnen weniger Tage danach unerwartet tot um. Das offenbart eine unbeachtete Regierungsantwort. Die Daten stammen vom Paul-Ehrlich-Institut, doch das mauert weiter und die Leitmedien schweigen.

Von Susan Bonath

Welche Schäden haben die massenhaften Coronaimpfungen wirklich verursacht? Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) sollte das erforschen. Doch es mauert und hält brisante Daten vor der Öffentlichkeit und der Presse geheim, zum Beispiel die Anzahl der gemeldeten tödlichen Verdachtsfälle, insbesondere bei Kindern. Monatelang redete es sich gegenüber der Autorin heraus: Es habe diese Daten gar nicht ausgewertet. Das wäre ein schwerer Rechtsbruch. Doch eine erschreckende und von den Leitmedien ignorierte Antwort der Bundesregierung beweist: Das PEI lügt. Mindestens zwölf Kinder und Jugendliche starben demnach im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung plötzlich und unerwartet.

Tausendfach «plötzlich und unerwartet»

Ein Dokument auf dem Server des Bundestages von Ende März dieses Jahres hätte eigentlich das ganze Land in helle Aufregung versetzen müssen. Denn auf Seite 72 unter Punkt 100 findet sich eine brisante Auflistung: Die gemeldeten Todesfälle nach einer Coronaimpfung bis Ende 2022, sortiert nach grob unterteilten Altersgruppen und dem Abstand des Versterbens zur letzten Spritze bis maximal 42 Tage. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hatte die Daten auf Nachfrage des AfD-Politikers Thomas Dietz offenbar nach langem Zögern herausgegeben.

Die Zahlen verstören: Demnach wurden dem PEI fast 2.100 Fälle von Menschen gemeldet, die höchstens 42 Tage nach einer Corona-Spritze plötzlich verstorben waren. Bei allen Betroffenen hatten Ärzte oder Angehörige den dringenden Verdacht, dass nur die Impfung die Ursache gewesen sein könne. Unter diesen Verstorbenen befinden sich auch elf Kinder und Jugendliche sowie knapp 500 jüngere Erwachsene unter 60.

Betroffen waren damit Hunderte sehr junge und jüngere Menschen mit einer mehr oder weniger gegen Null tendierenden Wahrscheinlichkeit für einen unerwarteten Tod. Von einem unerwarteten Tod muss hier ausgegangen werden, denn wäre baldiges Versterben, etwa durch eine Krebserkrankung im Endstadium, absehbar gewesen, hätten die Betroffenen wahrscheinlich aus ethischen Gründen in ihren letzten Lebenswochen nicht mehr geimpft werden dürfen.

Mindestens zwölf geimpfte Kinder verstorben

Geht man ins Detail der BMG-Daten, wird es noch erschreckender: Bei drei der in diesem Zeitraum verstorbenen Minderjährigen trat der Tod demnach bereits am zweiten, bei vier weiteren am dritten Tag nach der Impfung ein. Bis Tag 28 nach einer Spritze zählte das BMG insgesamt elf plötzlich verstorbene Kinder und Jugendliche.

Dass dies nicht alle angezeigten Verdachtsfälle bei Minderjährigen gewesen sein können, zeigt ein Sicherheitsbericht des PEI mit Meldungen bis Ende des Jahres 2021. Dieser führt eine an Herzrhythmus-Störungen fünf Monate nach der Impfung verstorbene Jugendliche auf. Wegen des Todeszeitpunkts kann der Fall nicht in den Daten des BMG vorhanden sein. Ob es weitere solche Fälle gibt, ist unbekannt.

Auch die Daten zu den Erwachsenen sind brisant: Ärzte oder Angehörige meldeten 179 Todesfälle von unter 60-Jährigen und 616 von älteren Personen beim PEI, die ein bis drei Tage nach einer Coronainjektion eingetreten waren. Hunderte Menschen sind also zum Impfen gegangen und sehr kurz danach unerwartet verstorben. Bis Juni 2022 hatte das PEI insgesamt 3023 gemeldete Verdachtstodesfälle angegeben. Danach stellte es diese Berichterstattung ein.

Verdachtsfall-Melderate explodiert

Es ist die gesetzliche Aufgabe des PEI, die Sicherheit der im Eilverfahren auf den Markt gebrachten, neuartigen, auf Gentechnologie basierenden Impfstoffe kontinuierlich zu überwachen. Dessen Arbeit wiederum muss das BMG überprüfen, denn das PEI ist ihm direkt unterstellt. Das Bundesinstitut müsste demnach darauf bestehen, dass jeder einzelne Todesfall in einem derart engen, zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfstoffgabe sehr genau untersucht wird.

Genau das aber geschieht nicht. Auf mehrere Anfragen der Autorin verwies das PEI darauf, dass allein die Behörden vor Ort entschieden, ob und welche rechtsmedizinischen Schritte eingeleitet würden. Es selbst würde die Daten rein statistisch interpretieren. Würden dem Institut also nicht mehr Fälle gemeldet, als die Statistiker in einer mit der Impfgruppe vergleichbaren Kohorte erwarteten, gebe es kein Risikosignal.

Doch offensichtlich ist die hohe Anzahl der gemeldeten Verdachtstodesfälle dem PEI selbst nicht geheuer. Im Vergleich zu allen anderen Impfstoffen in der Vergangenheit zusammengekommen war diese Melderate immerhin 28-mal höher. Das ergibt sich aus der Gegenüberstellung verabreichter Impfdosen mit den Todesfallmeldungen.

Datenbank für Vergleiche entfernt

So wurden von Anfang 2000 bis Ende 2020 laut Statistischem Bundesamt rund 780 Millionen Dosen aller möglichen Impfstoffe verabreicht. Das PEI erreichten in diesem Zusammenhang 456 Meldungen über Todesfälle. Damit kam ein Fall auf etwa 1,71 Millionen. Bezüglich der COVID-19-Vakzine gingen beim PEI bis Juni 2022 genau 3023 Todesfallmeldungen ein. Bei rund 183 Millionen verimpften Dosen kam eine Meldung auf knapp 61'000 Vakziningaben.

Diesen Vergleich soll jedoch offenbar niemand mehr anstellen können. Denn das PEI entfernte die Datenbank für die Zeit ab der Jahrtausendwende im April 2022 von seiner Webseite. Seither heisst es an dieser Stelle nur, man arbeite an einer technischen Erneuerung.

PEI behauptete, dass es nichts ausgewertet habe

Presseanfragen der Autorin zu nicht oder nicht mehr veröffentlichten Daten, etwa zu gemeldeten tödlichen und schwerwiegenden Verdachtsfällen bei Minderjährigen, wimmelten die Behörden in den vergangenen

Monaten regelmässig ab. Das BMG verwies an die Zuständigkeit des PEI, und letzteres behauptete, dass es nicht verpflichtet sei, extra für die Presse neue Daten erstellen zu müssen. Ebenso reagierte es auf einen entsprechenden Antrag der Autorin nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), der sich derzeit im Widerspruchsverfahren befindet.

Wenn aber das PEI wie geschehen behauptet, es sei sowohl im Rahmen des Auskunftsrechts der Presse als auch des IFG nicht verpflichtet, «neue Daten zu erstellen», erklärt es damit, es habe die bei ihm eingegangenen Meldungen gar nicht ausgewertet. Oder anders ausgedrückt: Haben wir nicht, können wir nicht liefern. Das wäre natürlich ein eklatanter Rechtsbruch, denn zum Auswerten solcher Verdachtsfälle im Rahmen der Sicherheitsüberwachung ist das PEI da.

Nun aber steht fest: Das PEI hat sich offenbar mit einer Lüge herausgeredet, um die Daten, über die es verfügt, ebenso rechtswidrig vor der Presse und der Öffentlichkeit geheim zu halten. Das BMG kann die an die AfD herausgegebenen Daten nur von dem Institut erhalten haben. Man muss daraus schlussfolgern: Mindestens ein Teil der angefragten Daten ist definitiv vorhanden, aber das PEI will sie vor der Öffentlichkeit geheim halten. Dafür wird es wohl seinen Grund haben.

Versteckt oder falsch zugeordnet?

Allerdings weisen die Ende März vom BMG an die AfD übermittelten Daten noch einige Ungereimtheiten auf. Denn laut einer früheren Antwort des BMGs vom 22. August 2022 an die AfD-Abgeordnete Christina Baum, die der Autorin vorliegt, waren bereits bis März 2022 insgesamt 120 am Tag der Impfung verstorbene unter 60-Jährige gemeldet worden. In der späteren Antwort bis Ende des vergangenen Jahres waren dies plötzlich «nur» noch 70 jüngere am ersten Tag Verstorbene. Eine ähnliche Diskrepanz ergibt sich bei den Älteren. Haben die Behörden tödliche Meldefälle nachträglich versteckt oder nur Dutzende Opfer falsch zugeordnet?

Die Autorin fragte am 12. Juni beim BMG nach, welcher Fehler dem zugrunde lag. Ausserdem wollte sie wissen, welche Massnahmen von Staats wegen ergriffen wurden, um die genauen Ursachen der Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung zu klären. Immerhin beruhen alle Empfehlungen der Ständigen Impfkommision (STIKO) am Robert Koch-Institut (RKI) seit Ende 2020 auf der Behauptung, dass die Präparate sicher seien. Die Vielzahl an Todesfällen und schweren Nebenwirkungen spricht jedoch eher dagegen.

Das Schweigen der Leitmedien

Geantwortet hat das BMG bis zum Mittag des 15. Juni allerdings nicht. Die gesetzte Frist liess das zuständige Ministerium ohne weitere Nachricht verstreichen. Die unangenehmen Fragen bleiben vorläufig offen. Auch die grossen deutschen Medien, die Druck auf die Politik im Sinne der Aufklärung ausüben könnten, schwiegen bisher zu dieser brisanten Auflistung des Gesundheitsministeriums. Es scheint, als wolle man in dieser Sache lieber nicht so genau Bescheid wissen.

Allerdings ist der Tod keine Lappalie. Wenn bereits in den ersten drei Tagen nach einer Coronaimpfung sieben Kinder und Jugendliche sowie fast 200 junge Erwachsene unter 60 Jahren vorzeitig versterben, gehört das zwingend aufgeklärt und nicht von staatlicher Seite vertuscht. Um das zu erreichen, wäre eine staats-, wirtschafts- und politikferne, freie Presse nötig, doch die ist in Deutschland augenscheinlich in der absoluten Minderheit.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/inland/172736-ploetzlich-und-unerwartet-verstorben-bundesinstitut/>

GRÖSSENWAHN MACHT GROSSEN KRIEG

Selensky fördert zwanghaft Rüstungsindustrie, Autor: Uli Gellermann, Datum: 17.6.2023

Der Star-Schauspieler in der NATO-Kriegstragödie, der ukrainische Präsident Selensky, hat kein eigenes Textbuch: Immer und immer wieder deklamiert der Herr das, was die USA ihm soufflieren: Verhandlungen über das Ende Krieges gäbe es erst, wenn die Russen aus der Ukraine abziehen würden. Diese Forderung wird nur den Krieg verlängern. Denn die Russen wären verrückt, wenn sie das NATO-Aufmarsch-Gebiet verlassen würden, bevor nicht gesichert ist, dass die USA die Einkreisung Russlands beenden.

Selensky ein Verräter

Mit der Verlängerung des Krieges verlieren die Ukrainer weiter Menschen und Gebiete. Insofern ist Selensky ein Verräter an jenem Volk, als dessen Präsident er auftritt. Es verlieren auch die Mitteleuropäer, die Inhaftierten der NATO-Strategen: Denn mit jedem Tag Kriegsdauer wächst die Gefahr eines Weltkrieges. Der könnte auch die 15-Zimmer-Villa Selenskys erreichen; ob der atomsichere Bunker in seinem Regierungssitz hilft, ist fraglich.

Mehr Waffen mehr Sicherheit?

Fraglos sind die Gewinner des Krieges bereits heute bekannt: Die Rüstungskonzerne. Ein Teil der NATO-Länder hat es bereits geschafft, zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die Rüstung zu stecken. Vom NATO-Gipfel im Juli soll ein «Signal der Geschlossenheit» an Russland ausgehen: Wer seine Rüstung noch nicht gesteigert hat, soll das gefälligst angehen. Der NATO-Chef Jens Stoltenberg kommentiert, es gehe darum, den Menschen in einer immer gefährlicheren Welt Sicherheit zu bieten. Schon immer haben die Machthaber den perversen Spruch auf den Lippen, dass mehr Waffen mehr Sicherheit bedeuten. Man sollte die wenigen Überlebenden des Atomschlages auf Hiroshima nach ihrer Meinung fragen. Die Toten schweigen sich beharrlich aus.

Krieg ist kein Kino

Krieg ist kein Kino. Auch wenn der Leiter des ukrainischen Präsidialamts Andri Jermak einst Filmproduzent war. Der Chefberater Selenskys, Serhi Schefir kommt ebenso aus der Filmindustrie wie der mächtige Geheimdienstchef Iwan Bakanow. Die Präsidialverwaltung ist durchsetzt mit ehemaligen Werbern und Drehbuchautoren. Wenn sie eines können, so ist es dies: Die effektvolle Inszenierung eines Kriegspräsidenten. Aber es ist kein Filmblut, das im Krieg vergossen wird, und ein Happy End steht nicht in diesem Drehbuch.

Bombardieren ist so amerikanisch wie der Kirschkuchen

Vom US-Whistleblower Daniel Ellsberg stammt dieser bis heute gültige Satz: «Bombardieren ist so amerikanisch wie der Kirschkuchen.» Obwohl diese Erkenntnis im Irak, Afghanistan oder Libyen erhärtet wurde, unterschlagen deutsche Medien, was die NATO-Einkreisung für Russland bedeutete: Das Vorschieben des US-Vorfeldes bis an die Grenzen der Russischen Föderation. Von Kiew aus sind Flugzeuge und Panzer schneller in Moskau. Aber mit den Russen ist nicht gut Kirschen essen.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/groessenwahn-macht-grossen-krieg>

**Folgend die Wiedergabe zweier Telefongespräche vom 20./21. Juni 2023,
= wortwörtlich die Anrufe mitgeschrieben. Die Ortschaft sowie der Name und das
Genre der Anruferperson dürfen aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden.**

Die Wahrheit

Ich bin ehemaliger Deutscher und lebe in ..., in der Ukraine, und ich sage die Wahrheit und die ist, dass Wolodymyr Selensky – den ich persönlich kenne, und der so korrupt ist, wie meines Erachtens die Ukraine an erster Stelle aller korrupten Staaten der Welt steht – als religiöser Jude das eigene gläubige jüdische Volk verrät und neuerlich den Judenhass anheizt und verbreitet, wie es schon Adolf Hitler getan hat, der selbst auch Jude war und Millionen des eigenen Glaubensvolkes massakrieren und in verfluchten Konzentrationslagern durch Vergasung ermorden oder in Todesgräben einfach erschiessen liess. Ich bin jetzt 83 Jahre alt und überlebte in Belsen-Bergen mit viel Glück und bin jetzt vom jüdischen Glauben weg und konfessionsfrei. Und wäre wirklich ein Jehova, wie die Tora behauptet, dann würde er nicht solches zulassen, wie es 1939 bis 1945 und seit 4000 Jahren immer wieder geschah und auch jetzt wieder so läuft und also Selensky genau das gleiche tut, wie es schon Hitler getan hat. Und Wolodymyr Selensky ist kriegsbegeistert und amerikahörig, und für Amerika führt er Krieg. Und er ist gar fanatisch kriegsverrückt und schürt mit dem Krieg den Judenhass neu, zusammen mit der Bundesregierung Deutschland, die ganz offensichtlich voll von Neonazis ist, wie in der Ukraine auch viele Neonazis sind. Die Neonazis in der deutschen Regierung helfen Selensky mit Waffenlieferungen den Krieg gegen Russland zu führen, der im Hintergrund aber von Amerika gesteuert wird, welches auch die Juden loswerden will. Das ist die Wahrheit, und das wissen alle Neonazifreundlichen nicht, die diesen Neonazis in Deutschland und in der Ukraine und in vielen anderen Staaten mit Waffen und Geld helfen. Sagen will ich noch, dass auch das, was Wladimir Putin tut, nicht gut und verbrecherisch und menschverachtend ist, weshalb nicht nur Amerikas Staatsgesindel und Wolodymyr Selensky zur Rechenschaft gezogen werden muss, sondern auch Wladimir Wladimirowitsch Putin.

... ..

(Name der Person, die angerufen hat, wie auch die Adresse/Anschrift wurde von Quetzal kontrolliert und als wahrheitlich existierend und richtig befunden. Tel.-No. ist auch bekannt. Billy

Putin und Lukaschenko sprechen die «schlimmsten Befürchtungen» des Westens an

uncut-news.ch, Juni 16, 2023

In dieser Woche haben sich sowohl Präsident Wladimir Putin als auch sein enger Verbündeter Alexander Lukaschenko zu den schlimmsten Szenarien geäussert, die sich aus dem Ukraine-Krieg ergeben könnten. In getrennten Interviews haben beide in neuen Äusserungen angesprochen, was der Westen am meisten fürchtet. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, da russische taktische Atomwaffen an belarussische Stützpunkte geliefert werden.

Der weissrussische Präsident Lukaschenko sagte in einem Interview mit dem Fernsehsender Rossiya-1 am Mittwoch, die westlichen Verbündeten hätten grosse Angst vor einem neuen, grossangelegten Krieg in Europa, der zu einer «globalen Katastrophe» führen könnte.

«Ich habe mich mit Leuten getroffen, die dabei eine wichtige Rolle spielen und die im Falle eines «Falls» radikale, drastische und endgültige Entscheidungen treffen», sagte Lukaschenko laut der Übersetzung der russischen Staatsmedien. «Was sie am meisten fürchten, ist eine nukleare Katastrophe, und das haben sie auch aufrichtig gesagt. Sie haben Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine. Das ist nur natürlich», fügte er hinzu.



Er betonte, dass Weissrussland dies natürlich ebenfalls zu vermeiden sucht. «Wir wollen das auch nicht, denn auch wir haben Angst. Denn dies, so sagen Experten, könnte eine globale Katastrophe auslösen, und dieser Planet könnte untergehen, wenn all diese Waffen explodieren», sagte Lukaschenko.

Seine Worte kamen am selben Tag, an dem er bestätigte, dass Weissrussland damit begonnen hat, russische taktische Atomwaffen auf seinem Territorium zu installieren, im Einklang mit früheren Ankündigungen, die den Westen zutiefst alarmierten. Mehr zu den Worten des weissrussischen Machthabers in TASS:

Laut Lukaschenko kann Russland Atomwaffen einsetzen, wenn der Feind in sein Territorium eindringt oder wenn dieser Akt der Aggression die Existenz des Staates bedroht. Er rief zu Gesprächen auf, solange es die Möglichkeit dazu gebe, aber der Westen habe der Ukraine die Teilnahme an solchen Gesprächen untersagt, sagte er.

«Ich bin zuversichtlich und verfüge über gute Informationen, dass die überwältigende Mehrheit in der Ukraine, einschliesslich der Militärs, die dort gekämpft haben und getötet wurden, diesen Krieg jetzt beenden möchte», so der belarussische Staatschef. «Aber dann sind da noch diese aufgeblasenen Spitzenbeamten, angeführt von [dem ukrainischen Präsidenten] Wolodja Selensky. Er ist jetzt ein «Held», der durch die ganze Welt reist. Er wird geküsst, umarmt und so weiter. Ich dachte, er sei klüger», beklagte Lukaschenko.

Unabhängig davon hat sich Präsident Putin Mitte dieser Woche ähnlich geäussert und gesagt, es sei ein Alptraumszenario, dass «das Feuer des Krieges ganz Europa verschlingt».

«Wir haben Raketen und Bomben aus Russland bekommen. Eine Bombe, die dreimal stärker ist als Hiroshima und Nagasaki ... eine Million Menschen würden sofort sterben.»



Laut den neuen Aussagen des russischen Staatschefs, über die der ausländische Kriegskorrespondent und geopolitische Analyst Pepe Escobar [Hervorhebung ZH] berichtet ...

«Wir waren gezwungen zu versuchen, den Krieg, den der Westen 2014 begonnen hat, mit Waffengewalt zu beenden. Und Russland wird diesen Krieg mit Waffengewalt beenden und das gesamte Gebiet der ehemaligen Ukraine von den Vereinigten Staaten und den ukrainischen Nazis befreien. Es gibt keine anderen Optionen», sagte Putin.

Die ukrainische Armee der USA und der NATO wird besiegt werden, ganz gleich, welche neuen Waffentypen sie vom Westen erhält. Je mehr Waffen es gibt, desto weniger Ukrainer und das, was einmal die Ukraine war, werden übrigbleiben.

Und er betonte: «Eine direkte Intervention der europäischen NATO-Armeen wird das Ergebnis nicht ändern. Aber in diesem Fall wird das Feuer des Krieges ganz Europa verschlingen. Es sieht so aus, als ob die USA auch dazu bereit sind.»

Putin deutete nachdrücklich an, dass auch Russland auf diesen schlimmsten Fall vorbereitet ist, sollte sich die Situation weiter zuspitzen. Während die Ukraine bisher viele Dutzend Kampfpanzer aus dem Westen erhalten hat, von denen einige bereits auf dem Schlachtfeld durch die überlegene russische Waffenkombination zerstört wurden, wird weithin angenommen, dass die grössere Eskalation mit der eventuellen Lieferung von F-16-Kampffjets kommen wird.

Quelle: <https://uncutnews.ch/putin-und-lukaschenko-sprechen-die-schlimmsten-befuerchtungen-des-westens-an/>

Das also ist die Frau, die grünes Licht für die Zerstörung des ukrainischen Staudamms gegeben hat?

uncut-news.ch, Juni 16, 2023

Wer ist für den Bruch des Kachowka-Damms in der Südukraine verantwortlich? Der pensionierte US-Oberst Douglas Macgregor hat erfahren, dass keine Geringere als Victoria Nuland, die stellvertretende US-Aussenministerin, grünes Licht für die Zerstörung des Staudamms gegeben hat.

Macgregor wies darauf hin, dass Nuland seit mindestens 14 bis 15 Jahren in alles involviert ist, was in der Ukraine passiert.



Der Oberst ging ausserdem auf Berichte über Geländegewinne der Ukrainer ein. In vielen Fällen handelt es sich dabei um Gebiete, die nicht in der Nähe des Schlachtfelds liegen, nicht einmal in der Sicherheitszone. In einigen Fällen verweisen die Ukrainer auf einige Ruinen in der Sicherheitszone, einem Gebiet, das mehrere Dutzend Kilometer von der von den Russen errichteten Verteidigungslinie entfernt liegt.

«Es werden überhaupt keine Bodengewinne erzielt», betonte MacGregor.

Die ukrainische Gegenoffensive läuft nun schon seit fast zwei Wochen und sollte nach Angaben Kiews noch zwei Wochen dauern.

Dem Oberst zufolge ist von der ukrainischen Armee nur noch wenig übrig. «Washington weiss, dass die Ukraine am Rande des Zusammenbruchs steht. Das Land ist am Boden zerstört. Die Armee ist massiv geschwächt.»

Oberst Doug Macgregor sagt: «Washington weiss, dass die Ukraine kurz vor dem Zusammenbruch steht.» «Offen gesagt glaube ich nicht, dass noch viel übrig ist, und ich denke, das spiegelt sich in den Schlagzeilen wider, die Sie gerade aus Washington bekommen ... Washington weiss, dass die Ukraine kurz vor dem Zusammenbruch steht ... Das Land ist zerstört. Das Militär ist unvorstellbar geschwächt worden.»



Quelle: <https://uncutnews.ch/ist-das-also-die-frau-die-gruenes-licht-fuer-die-zerstoerung-des-ukrainischen-staudamms-gegeben-hat/>

Der Papst der Spritze und der Ketzer: Die Fauci-Biographie von Robert Kennedy

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 16. Juni 2023, Von Gastautor Helmut Roewer

Robert F. Kennedy Jr.: «Das wahre Gesicht des Dr. Fauci. Bill Gates, die Pharmaindustrie und der globale Krieg gegen Demokratie und Gesundheit». Rottenburg, Kopp Verlag, 2022, 864 Seiten, 29,99 €.

Dieses Buch ist eine Biographie des US-Amerikanischen Gesundheits-Spitzenfunktionärs Dr. Antony Fauci. Dieser Eingangs-Satz ist nur im Wesentlichen zutreffend, denn er ist zu eng, weil das dickleibige Buch nicht nur diesen Mann selbst portraitiert, sondern auch das weltweite Geflecht der Pharmaindustrie und ihrer Protagonisten zum Gegenstand hat. Es schildert die mafiösen Strukturen der Pharma-Branche und deren Liebediener in Forschung und Verwaltung. An der Spitze des Komplotts gegen den Bürger stehe jener Antoni Fauci, jahrzehntelang ein ungekrönter König im Dschungel von Zuständigkeiten und Abhängigkeiten. Man braucht einen langen Atem, um das alles, was der Autor zusammengetragen hat, zur Kenntnis zu nehmen. Nützlich ist dem Leser ein bisschen Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse, um sich in den schier überbordenden Tatsachen zurechtzufinden. Auch ist die Übersetzung nicht immer über alle Zweifel erhaben: So bedeutet das amerikanische Wort protocol nicht Protokoll, sondern, in die deutschen Verhältnisse übertragen: Richtlinie, Handlungsanweisung, Regelwerk.

Doch das sind nur Kleinigkeiten, denn es ist kein Nachteil des Buches, dass man es hartnäckig lesen muss. Dann erfährt man die regelmässig wohlbegründete Gegenposition zu allem, was dem Publikum in den letzten drei Jahren an Lügen über Corona zugemutet und an falschen Massnahmen aufgebürdet worden ist. So liest man von den Aktionen der Pharma-Industrie über falsche Zahlen, abstruse Medizin-Experimente bis zur mutwilligen Manipulation der Öffentlichkeit – stets mit einem bösen Geist im Hintergrund namens Anthony Fauci, dem amerikanischen Wieler-Drosten-Lauterbach. Die dort im Buch getroffenen Folgerungen lassen sich ohne grosse Mühe auf die deutschen Verhältnisse überklappen.

Zur Entstehungs- und Veröffentlichungsgeschichte von Kennedys Werk ist anzumerken, dass es bei uns zu Lande wenig beachtet wurde und schon gar nicht, was für ein Hammer die Veröffentlichung des Buches in den USA war. Sein Erscheinen läutete das Ende einer Ära ein, der des Antony Fauci.

Noch am 17. Juli 2022 meldeten die Wahrheitsmedien, Faucis trotzigste Ansage, er wolle bis zum Ende der Amtszeit von Biden bleiben. Das änderte sich bald. Am 23. August 2022 berichteten die deutschen Medien, Doktor Antoni Fauci, der 81-jährige Corona-Papst der USA, habe seinen Rücktritt als Chef des Nationalen Instituts für Infektionskrankheiten (NIAID) zum Jahresende angekündigt. Aus der einschlägigen dpa-Meldung entnahm ich nichts als Lob.

Doch die Welt drehte sich weiter. Mitte Dezember 2022 schmiss der neue Twitter-Eigentümer Elon Musk nicht nur 90 Prozent der Belegschaft raus, sondern er veröffentlichte auch die Schlachten seiner Nun-nicht-mehr-Mitarbeiter gegen die Meinungsfreiheit und die Diffamierung von Andersdenkenden durch die Zusammenarbeit mit FBI und der Fauci-Behörde. Es ging um die Verbiegung der Wahrheit fast um jeden Preis. Seither beschäftigt sich der US-Kongress dank seiner neuen republikanischen Mehrheit mit den Angriffen von Fauci, Pharma & Co gegen das amerikanische Volk. Grundlage der Debatte ist das hier besprochene Buch.

Nun zum Autor: Robert Kennedy jun. ist in den Staaten ein bekannter Mann. Er ist, ganz so wie die prominente, gewaltsam zu Tode gekommene Verwandtschaft, ein Mitglied der Demokraten, von deren Mainstream-Kurs er um Meilen abweicht. Sein Fauci-Buch ist nicht die erste Attacke gegen den Sumpf in Washington DC. Vermutlich aber seine wirksamste.

Der Erfolg mag ihn bewogen haben, dass er vor wenigen Wochen seine Kandidatur für die kommende US-amerikanische Präsidenten-Wahl erklärt hat. So könnte er, falls er sich in den Vorwahlen gegen den Amtsinhaber durchzusetzen versteht, ein ernstzunehmender Konkurrent für den ebenfalls mit den Füßen scharrenden Ex-Präsidenten Trump werden. Mainstream schäumt. Als erstes hat ihn Instagram auf seiner Plattform gesperrt. Soviel Freiheit war nie.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/06/16/der-papst-der-spritze-und-der-ketzer-die-fauci-biographie-von-robert-kennedy/>

Borrell: Der Ausgang des Ukraine-Konflikts wird vom US-Präsidenten entschieden – nach der Wahl

uncut-news.ch, Juni 16, 2023

**Die Europäer haben ihren zweitrangigen Charakter bereits erkannt und sind bereit,
jede Entscheidung des Weissen Hauses zu akzeptieren**

Friedensgespräche über die Situation in der Ukraine werden erst nach den US-Präsidentchaftswahlen möglich sein, sagte der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell.

«Ich denke, Putin wartet auf das Ergebnis der US-Wahl. Vorher sollten wir nicht mit der Aufnahme von Friedensgesprächen rechnen», sagte er.

Borrell glaubt, dass die Situation in der Ukraine ganz anders wäre, wenn der Republikaner Donald Trump und nicht der Demokrat Joe Biden an der Macht wäre. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die russische Seite «militärische Ziele» habe und nicht aufhören werde zu kämpfen, bis diese erreicht seien. Borrell ist sich jedoch sicher, dass die russische Seite einen «gigantischen Fehler» begangen hat, indem sie die Stärke Kiews und die Unterstützung der westlichen Länder unterschätzt hat.

Der Chef der europäischen Diplomatie kritisierte auch diejenigen, die zum Frieden aufrufen und fordern, die militärische Unterstützung für die Ukraine einzustellen.



«Und was wird als nächstes passieren? Wenn wir die Militärhilfe für die Ukraine einstellen, heisst das nicht, dass Russland sich zurückzieht. Wir alle wollen Frieden, aber Sie müssen wissen, welche Art von Frieden wir wollen», sagte er und fügte hinzu, dass «das Ziel nichts anderes sein kann, als dass Russland sich aus den beschlagnahmten Gebieten zurückzieht». Borrell räumte jedoch ein, dass ein Waffenstillstand seiner Meinung nach ein unwahrscheinliches Szenario sei. Er betonte auch, dass die militärische Unterstützung für die Ukraine fortgesetzt werde.

Zuvor hatte der ehemalige französische Präsident Francois Hollande erklärt, das Ende der Feindseligkeiten in der Ukraine hänge von den US-Präsidentchaftswahlen ab. Er meinte auch, dass Trump im Falle eines Wahlsiegs sagen werde: «Wir hören dort auf; was immer die Russen haben, können sie behalten.» Und die ehemalige US-Aussenministerin und Trumps Konkurrentin bei der Wahl 2016, Hillary Clinton, hatte zuvor gesagt, dass ein Sieg der Republikaner

Warum sollten sie das denken? Ja, Trump sagt immer wieder, dass er, sobald er wieder im Weissen Haus ist, den Konflikt innerhalb von 24 Stunden beenden wird, aber kann er das tun? Trifft der Präsident der Vereinigten Staaten solche Entscheidungen?

Auf jeden Fall finden die Wahlen in den USA im November 2024 statt. Bis dahin wird es die Ukraine vielleicht nicht mehr geben.

Das Interessanteste an Borrells Worten ist das tatsächliche Eingeständnis, dass Europa nichts entscheidet. Wenn Trump den Europäern befiehlt, Kiew nicht mehr zu unterstützen, werden sie dann sofort den Mund halten? Auf jeden Fall. Viele europäische Politiker werden dann sagen, dass sie schon immer gegen die Unterstützung der Ukraine waren ...

– «Die Tatsache, dass die USA der Drahtzieher des Konflikts in der Ukraine sind, ist für niemanden ein Geheimnis und war es auch schon lange nicht mehr», sagt Dmitry Yezhov, ausserordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Finanzuniversität der russischen Regierung.

– Borrell gibt also nur die Fakten wieder. Streng genommen geht es bei der Anpassung der ETR durch die US-Regierung nicht darum, ob ein Republikaner oder ein Demokrat gewinnt, sondern darum, wer persönlich gewinnen wird, denn der persönliche Faktor ist sehr wichtig. Das andere Problem ist, dass die USA die Position der USA auf der ukrainischen Seite regulieren können, aber nicht auf der russischen Seite. Und in dieser Hinsicht sind die Dinge nicht so eindeutig. Und die Grenzen der Ukraine könnten sich bis zu den Präsidentchaftswahlen in den USA noch mehr verändern.

Der Einfluss der Situation in der Ukraine auf den Ausgang der US-Präsidentchaftswahlen sollte auch deshalb nicht unterschätzt werden, weil sich die derzeitige US-Regierung nicht auf innenpolitische Fragen konzentriert.

- Josep Borrell erklärte jedoch, dass es seiner Meinung nach Wladimir Putin ist, der auf die Ergebnisse des US-Präsidentschaftswahlkampfes wartet, – betont der Direktor für analytische Projekte der Agentur für politische und wirtschaftliche Kommunikation Michail Neyzhmakov.
- Der allgemeine Vektor des Interviews mit diesem europäischen Politiker besteht darin, die Fortsetzung der Hilfe für die Ukraine zu fordern und diejenigen zu kritisieren, die gegen eine solche Politik sind.

SP: «Wie wird sich der Wahlausgang Ihrer Meinung nach auf den Verlauf der USE auswirken? Betrachten Sie beide Optionen: Gewinnt ein Demokrat oder ein Republikaner?»

– Keine der beiden Parteien wird wahrscheinlich die militärische und technische Unterstützung Kiews vollständig aufgeben. Vergessen wir nicht, dass die militärisch-industrielle und Macht-Lobby innerhalb der Republikanischen Partei vielleicht noch stärker ist als in der Demokratischen Partei. Hinzu kommt, dass das Prinzip des «neuen Besens» unter einer republikanischen Regierung, wenn beispielsweise einige der unter Joseph Biden beschlossenen Massnahmen zur Unterstützung Kiews einer Revision unterzogen werden, der ukrainischen Führung zusätzliche Probleme bereiten könnte.

Auch hier stellt sich die Frage, wie gut das offizielle Kiew mit den neuen Leuten zusammenarbeiten wird, die es im Falle eines Machtwechsels in den USA in Washington beaufsichtigen werden. Dies sind natürlich nur Nuancen, aber sie könnten auch den Umfang der US-Unterstützung für die Ukraine und damit den Verlauf der Feindseligkeiten beeinflussen. Bleibt eine demokratische Regierung an der Macht, könnten solche Risiken für Kiew im Rahmen des «Pferdewechsels am Scheideweg» geringer ausfallen.

Auch im Falle einer hypothetischen Rückkehr von Donald Trump ins Weisse Haus könnten die eher gestörten Beziehungen der USA zu ihren europäischen Partnern wieder aufleben, was sich auch auf die Wirksamkeit der Unterstützung der westlichen Mächte für Kiew auswirken könnte. Im Falle Trumps ist allerdings zu beachten, dass die Hindernisse für seinen Sieg bei künftigen Wahlen recht gross sind (einschliesslich der recht hohen Anti-Einstufung des Politikers). Dennoch sollten wir nicht vergessen, dass viele Experten nicht glaubten, dass er 2016 gewinnen würde.

Schliesslich hängt vieles vom Verlauf der Feindseligkeiten in der russisch-ukrainischen Konfliktzone, von der wirtschaftlichen Lage in den USA und beispielsweise von den Herausforderungen ab, denen sich Washington in den Beziehungen zu China oder im Nahen und Mittleren Osten gegenübersehen könnte. Unter bestimmten Umständen könnte die Position der demokratischen Regierung gegenüber Russland auch kompromissbereiter werden.

SP: «Trump wirbt damit, dass er, wenn er Präsident wird, den Konflikt sofort beenden wird. Stimmt das? Macht die Persönlichkeit des US-Präsidenten überhaupt einen Unterschied?»

– Donald Trumps Stil bei einer Reihe aussenpolitischer Krisen während seiner Präsidentschaft war es, die Situation bis zu einem hohen Grad an Spannung zu eskalieren, dann aber, einen Schritt von einem aufgeheizten Konflikt entfernt, zu pragmatischen Verhandlungen überzugehen. Wäre Trump wieder im Weissen Haus, wäre es daher möglich, dass wir in der ersten Phase eine sehr harte Rhetorik gegenüber Moskau und noch mehr Unterstützung für Kiew erleben würden, dann aber Signale für einen Übergang zum Verhandlungsprozess. In einem solchen hypothetischen Szenario könnten zumindest die Telefongespräche zwischen Trump, der in die Präsidentschaft zurückgekehrt ist, und dem Kreml in der Phase des pragmatischen Dialogs schneller stattfinden.

Was die mögliche Entwicklung eines direkten russisch-ukrainischen bewaffneten Konflikts anbelangt, sollte dieser während Trumps Präsidentschaft beginnen. Nicht hundertprozentig, aber es hätte die Chance bestanden, dass dieser Politiker angesichts der sich zuspitzenden Lage in der Lage gewesen wäre, im letzten Moment effektivere Verhandlungen zu führen und eine Eskalation der Situation mit Waffengewalt zu verhindern.

SP: «Gleichzeitig kritisiert Borrell diejenigen, die jetzt Verhandlungen unterstützen. Und wenn der US-Präsident sagt, wir brauchen Verhandlungen, wir hören auf, die Ukraine zu unterstützen, werden die Europäer das alles auf sich sitzen lassen?»

– Es ist unwahrscheinlich, dass selbst die US-Regierung, die am ehesten zu Kompromissen mit Moskau neigt und der Strategie des Biden-Teams in der Ukraine-Krise skeptisch gegenübersteht, Kiew auf einmal die Unterstützung entziehen würde. Vielmehr würde die militärische und technische Hilfe der USA für die Ukraine dann einfach reduziert werden. Aber in einem solchen Szenario ist es in der Tat wahrscheinlich, dass auch die militärisch-technische Hilfe der meisten EU-Länder für die Ukraine reduziert werden würde. Wahrscheinlich werden Polen und das Vereinigte Königreich, das nicht zur EU gehört, Kiew in einem solchen Fall weiterhin in grösserem Umfang unterstützen.

SP: «Gibt es einen umgekehrten Einfluss? Wie könnte sich die Situation an der Front auf den Ausgang der US-Wahlen auswirken?»

– Es ist unwahrscheinlich, dass die direkten Auswirkungen dieses Themas wirklich signifikant sein werden. Dennoch können gewöhnliche Amerikaner einem militärischen Konflikt spürbare Aufmerksamkeit schenken, vor allem wenn die US-Armee direkt involviert ist. Man erinnere sich an eine Gallup-Umfrage aus den Jahren 2004–2007, in der die US-Befragten den Irak-Krieg als Hauptthema nannten. Im Falle des russisch-ukrainischen Konflikts wäre die Beteiligung des einheimischen US-Publikums an der Diskussion des Themas jedoch eindeutig weitaus geringer.

Andererseits ist ein indirekter Einfluss des «ukrainischen» Themas auf den US-Präsidentschaftswahlkampf durchaus möglich. Wenn beispielsweise die «russische Bedrohung» in den amerikanischen Medien häufiger thematisiert wird (z.B. wenn die russischen Truppen bei ihren Kampfeinsätzen erfolgreich sind), könnte dies die Forderung der Wähler nach einer härteren und energischeren Führungspersönlichkeit weiter verstärken, was für Joseph Biden ein grösseres Problem darstellen würde. Allein die Fortsetzung der Krise um die Ukraine in Ermangelung weiterer grosser Erfolge der AFU wird auch ein zusätzlicher Grund für Sticheleien gegen den amtierenden Präsidenten des Weissen Hauses durch seine Gegner sein. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es in diesem Wahlkampf mehr innenpolitische Themen für gegenseitige Sticheleien unter den Teilnehmern geben wird.

QUELLE: БОРРЕЛЬ: ИСХОД УКРАИНСКОГО КОНФЛИКТА РЕШИТ ПРЕЗИДЕНТ США — ПОСЛЕ ВЫБОРОВ

ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/borrell-der-ausgang-des-ukraine-konflikts-wird-vom-us-praesidenten-entschieden-nach-der-wahl/>

Die Erde kippt. Unser gewaltiger Grundwasserverbrauch verschiebt sogar den Nordpol.

Dienstag, 20.06.2023, 10:34



*Diese aus Satellitenaufnahmen zusammengestellte Komposition zeigt den Nordpol, Grönland und Europa
Planet Observer/Universal Images Group via Getty Images Diese aus Satellitenaufnahmen
zusammengestellte Komposition zeigt den Nordpol, Grönland und Europa.*

Die Menschheit pumpt so viel Grundwasser hoch, dass der Meeresspiegel steigt und sich die Erdachse verschiebt. Es ist der zweitwichtigste Faktor für die Wanderung des Nordpols.

Die Erdrotation ist nicht absolut gleichmässig. Selbst kleine Veränderungen der Masseverteilung an der Erdoberfläche, zum Beispiel durch Erdbeben oder schmelzende Gletscher, beeinflussen, wie schnell sich die Erde dreht und wo ihre Rotationsachse verläuft. Die Veränderungen sind winzig, aber man kann sie messen.

Eine Arbeitsgruppe um Ki-Weon Seo von der Seoul National University in Korea hat nun den Einfluss des menschlichen Grundwasserverbrauchs auf die Polwanderung bestimmt. Wie das Team nun in der Fachzeitschrift «Geophysical Research Letters» berichtet, liefert die Entleerung der unterirdischen Wasserreservoirs den zweitwichtigsten Beitrag zur Verschiebung der Erdachse. Dadurch wandert der geografische Nordpol um 4,36 Zentimeter pro Jahr.

Der Klimawandel ist die Jahrhundertaufgabe der Menschheit. FOCUS online Earth zeigt, wie der Klimawandel uns heute schon betrifft – und welche Ideen es gibt, um die Wende zu schaffen.

Wenn der Nordpol wandert

Die Masse der Erde wird permanent umverteilt. Gleich mehrere Effekte zerren die Erdachse in unterschiedliche Richtungen. So drängt der stärkste Einfluss, die nacheiszeitliche Landhebung auf der Nordhalbkugel, den Nordpol mit 6,74 Zentimetern pro Jahr in Richtung der grönländischen Westküste; das Schmelzen des grönländischen Eisschildes verschiebt ihn mit etwa der Hälfte dieser Rate in Richtung Zentralgrönland.

Addiert man diese Einflüsse, zusammen mit den kleineren Effekten der schmelzenden Antarktis, Gebirgsgletschern und dem gespeicherten Wasser in Stauseen, ergibt sich eine Polwanderung von rund 7 Zentimetern pro Jahr in Richtung Grönland. Tatsächlich jedoch wandert der Nordpol anders – und zwar östlich in Richtung Island.

Massive Umverteilung

Auf der Suche nach dem Grund für diesen Umstand konzentrierte sich das Team um Seo auf das Grundwasser. Das wird nämlich derzeit auch massiv umverteilt. Klimamodelle deuten darauf hin, dass zwischen 1993 und 2010 insgesamt 2150 Gigatonnen Grundwasser in die Ozeane verteilt wurden und den Meeresspiegel um 6,24 Millimeter ansteigen liessen. Tatsächlich ist aber nur unzureichend bekannt, wie viel Grundwasser tatsächlich verloren ging – das lässt sich nur schwer messen. Hinweise liefern zum Beispiel die Grace-Satelliten, die das Schwerefeld der Erde überwachen und damit Wasserschwankungen auf den Landmassen sichtbar machen.

Das Team um Seo nutzte nun die Verschiebung der Erdachse, um die aus anderen Quellen gewonnenen Werte für den Grundwasserverbrauch zu überprüfen. Denn die aus der Verlagerung der Wassermasse resultierende Bewegung des Nordpols sollte – zumindest theoretisch – die Differenz zwischen berechneter und gemessener Polwanderung ausgleichen.

Tatsächlich ermittelte die Arbeitsgruppe, dass das seit 1993 umverteilte Grundwasser den Nordpol für sich genommen um insgesamt 78,48 Zentimeter verschieben würde – was sich in eine jährliche Bewegung von 4,36 Zentimeter in Richtung der russischen Arktisinsel Nowaja Semlja übersetzt. Dieser Wert addiert sich mit den anderen Beiträgen zu einer Polbewegung, die fast genau dem gemessenen Wert entspricht. Damit zeigt die Studie nicht nur die Bedeutung des Effekts für die Erdrotation, sondern bestätigt auch unabhängig die mit anderen Methoden berechneten Zahlen über den Grundwasserverlust und den daraus resultierenden Meeresspiegelanstieg.

Quelle: https://www.focus.de/klima/leben/erdrotation-verbrauchtes-grundwasser-verschiebt-den-nordpol_id_196849145.html

Anmerkung: Von der Grundursache ist auch hier leider nicht die Rede, nämlich von der horrenden Überbevölkerung des Erdenmenschen. Dass immer mehr Menschen auch immer mehr Grundwasser nach oben pumpen, liegt doch auf der Hand, sollte man meinen.

Verheugen bei Buchvorstellung: «Wir arbeiten nicht am Frieden»

Von TILO GRÄSER | Veröffentlicht 15.6.2023

Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen fordert die Rückkehr zur Entspannungspolitik mit Russland. Verheugen hat das gesagt, als er in Berlin den Sammelband «Ukrainekrieg – Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht» vorgestellt hat. Dabei hat er die deutsche Beteiligung am Krieg in und um die Ukraine deutlich kritisiert.



Günter Verheugen bei der Buchvorstellung in Berlin, 6. Juni 2023.

Foto und Rechte: Tilo Gräser, Mehr Infos

Zum Thema Ukraine erscheinen seit Monaten zahlreiche Bücher. Fast alle sind einseitig ausgerichtet: Gegen Russland, das spätestens seit dem 24. Februar als Feind seines Nachbarlandes dargestellt und behandelt

wird – und das um jeden Preis. Das geht bis hin zu zwanghaften Versuchen, der Ukraine eine jahrhundertelange Geschichte als Nation anzudichten, die schon immer das Tor nach Europa gewesen sei. Nur wenige Bücher und Autoren verweigern sich dieser Einseitigkeit und schauen auf die Hintergründe und die Vorgeschichte des aktuellen Geschehens.

Eines dieser seltenen Bücher wurde kürzlich in Berlin vorgestellt: der von Sandra Kostner und Stefan Luft herausgegebene Sammelband «Ukrainekrieg – Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht». Darin werden von internationalen Autoren die Ursachen und Folgen des Krieges in und um die Ukraine analysiert – «und dabei im Besonderen die Rolle des Westens», wie es im Klappentext des Buches heisst. Der Westen trage eine grosse Verantwortung für die Entwicklung hin zum Krieg, erklärte Mitherausgeberin Sandra Kostner bei der Buchvorstellung. Als Migrationsforscherin komme sie nicht umhin, sich mit den Fluchtursachen wie dem Krieg in der Ukraine zu beschäftigen, erklärte sie. Ähnlich geht es ihrem Fachkollegen Stefan Luft, der an der Universität Bremen forscht. Das dortige Osteuropa-Institut ist bekannt für seine einseitige proukrainische Position, sodass Luft als Einziger gegenhält, wie er berichtete.

Anstoss für notwendige Debatte

Der Band soll Denkanstösse geben und «die aus unserer Sicht ziemlich einseitige öffentliche Debatte, insbesondere den sehr negativen Blick auf Diplomatie und Entspannungspolitik», erweitern, so Luft. Er fügte hinzu: «Der Schwerpunkt der Analyse liegt aus zwei Gründen auf der westlichen Politik, weil die Rolle des Westens in der öffentlichen Debatte meist zu kurz kommt, was bedeutet, dass die geopolitische Dimension des Krieges weitgehend ausgeblendet wird. Und weil sich zweitens der Zugang zu Quellen sehr schwierig gestaltet.»

Deshalb zeigten sich die Herausgeber erfreut, dass sie mit Willy Wimmer und Klaus von Dohnanyi zwei kenntnisreiche ehemalige Politiker fanden, die sich in abgedruckten Gesprächen zum Thema äusserten. Ein anderer ehemals aktiver Politiker, der sich heute kritisch zur westlichen Ukraine-Politik äussert, stellte in Berlin das Buch vor: Günter Verheugen. Er ging dabei weniger auf dessen Inhalt ein, dafür mehr auf den Grundanspruch eines Plädoyers für die Wiederaufnahme der Entspannungspolitik.

Verheugen gehört zu den wenigen politischen Kritikern der bundesdeutschen Politik wie auch derjenigen der Europäischen Union (EU) in Bezug auf den Krieg in und um die Ukraine. Seine Kritik hat es in sich, war er doch als EU-Kommissar (1999 bis 2010) unter anderem für die EU-Osterweiterung zuständig. Zudem war er als FDP-Mitglied unter anderem Mitarbeiter von Aussenminister Hans-Dietrich Genscher. Nach seinem Austritt bei den Liberalen ging er zur SPD, für die er unter anderem als Aussenpolitiker aktiv war.

Klares westliches Ziel

Bei der Buchvorstellung war er als einer zu erleben, der über die heutige bundesdeutsche Politik im Inneren wie im Äusseren nur den Kopf schüttelt. Viele Jahre seines aktiven politischen Lebens habe er sich mit Osteuropa beschäftigt, einschliesslich Russland und der Ukraine. Er habe 1975 das erste Mal einem sowjetischen Aussenminister gegenübergesessen, erinnerte sich Verheugen. Und daran, dass er zweimal im Oval Office des Weissen Hauses in Washington US-Präsidenten erlebt habe: Wie sie ihren Gästen aus Europa erklärt haben, «was Sache ist mit der Ukraine, nämlich dass das westliche Ziel darin bestehen muss, sie nicht wieder in den Einflussbereich Russlands kommen zu lassen».

«Es ging überhaupt nicht um die Frage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in der Ukraine. Nicht die Bohne. Es ging ausschliesslich um die Frage: Wie kann man verhindern, dass mithilfe der Ukraine Russland wieder zu einem möglichen Systemrivalen wird? Das ist das Interesse.»

Aber auch ohne solche Erlebnisse als Augen- und Ohrenzeuge sei klar erkennbar, was das US-Interesse sei. Das verkünden laut Verheugen umherreisende US-amerikanische Politiker wie der Senator Lindsey Graham oder die Vizeausserministerin Victoria Nuland. Graham habe kürzlich als «Freund klarer Worte» zur westlichen Aufrüstung der Ukraine erklärt, dass US-Geld niemals besser angelegt worden sei.

Kriegskredite 2.0

Verheugen ging deutlich mit der bundesdeutschen Politik ins Gericht. Zu dem von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 angekündigten schuldenfinanzierten «Sondervermögen Bundeswehr» in Höhe von 100 Milliarden Euro sagte er: «Dazu fällt mir der Ausdruck «Kriegskredite» ein.» In dem Zusammenhang berichtete er, dass seine beiden Grossväter 1914 aus der SPD austraten, weil diese Partei den damaligen Kriegskrediten zustimmte. Der EX-EU-Kommissar wurde deshalb später vom Publikum gefragt, warum er immer noch in der SPD ist. Darauf erklärte er, dass er hoffe, von innen mehr als von aussen verändern zu können.

«Wir arbeiten nicht am Frieden, im Augenblick arbeiten wir am Krieg», kritisierte Verheugen die bundesdeutsche Politik. «Dank unserer Beteiligung an diesem Krieg wird eine massive Aufrüstung notwendig.» Er stellte klar: «Wir sind Beteiligte an diesem Krieg. Nicht nur, wie Habeck gesagt hat eine Wirtschaftskriegs-

partei. Wir sind in Wahrheit eine Kriegspartei, mit wesentlich stärkerem Engagement als seinerzeit im Kosovo.» Verheugen hatte damals dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien noch zugestimmt. Heute ist aus seiner Sicht klar: «Deutschland ist das logistische Zentrum für die Unterstützung der Ukraine. In Deutschland werden ukrainische Soldaten ausgebildet. Wir liefern Munition und Nachschub. Wir liefern Geheimdiensterkenntnisse, Nachrichten und Lageberichte. Das ist schon sehr massiv.»

Kritisches Nachfragen unerwünscht

Für den früheren FDP- und SPD-Aussenpolitiker steht die Frage: «Was wollen wir eigentlich damit erreichen? Was ist eigentlich unser Interesse dabei? Ist es Russland und China zum Beispiel zu einem grossen eurasischen Block zusammenzuschliessen? Es ist unser Interesse, dass sich letztlich die gewaltige wirtschaftliche und demografische Macht Chinas mit der gewaltigen nuklearen Macht Russlands verbindet?» Das sei die Folge der westlichen Politik, die sich derzeit herausbilde, so Verheugen.

Doch kritisches Nachfragen sei derzeit nicht erwünscht, nicht in der bundesdeutschen Politik und nicht in den etablierten Medien. Er habe selbst erlebt, als er sich erstmals zum Thema zu Wort meldete, wer kritische Fragen stelle, werde «als ein nützlicher Idiot im Dienst von Putin oder als Handlanger russischer Interessen dargestellt». Es könnte dagegen auch die Frage gestellt werden: «Wie wollen wir eigentlich diejenigen nennen, die bedingungslos den politischen Vorgaben und den politischen Interessen der westlichen Führungsmacht folgen?»

Verheugen bedauerte, dass es in der Bundesrepublik derzeit keine Debatte über die Politik im Zusammenhang mit der Ukraine gebe. Das vorgestellte Buch könnte aus seiner Sicht die «notwendige Debatte über das, was wir in Deutschland in diesem Krieg zu suchen haben und was wir in diesem Krieg wollen, von diesem Krieg und von seinen Ergebnissen erwarten», in Gang bringen. «Es ist ja so, dass dieses «Russland muss verlieren»-Lager in unserer Politik eindeutig die Mehrheit ist und dieses Lager permanent der inhaltlichen Diskussion ausweicht.» Dabei gebe es in der Bevölkerung eine andere Meinung, die den Regierenden deutlich gemacht werden müsse.

Rückkehr zur Entspannungspolitik

Zu den grossen Tabus in Politik und Medien gehöre die Vorgeschichte, sagte Verheugen. Die reicht aus seiner Sicht mehr als dreissig Jahre zurück, bis hin zu den Zusagen an die Sowjetunion im Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Damals sei Moskau versprochen worden, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, betonte er und fügte hinzu: «Ich weiss es aus erster Hand.» Mit diesem gebrochenen Versprechen «fing eigentlich der Weg an, der uns dahin geführt hat, wo wir heute sind, nämlich anstelle gesamteuropäischer Kooperation ein tiefer Konflikt mitten in Europa, dessen Ende wir nicht absehen können».

Der Ex-EU-Kommissar sprach sich wie die beiden Herausgeber für eine Wiederaufnahme dessen aus, was derzeit diffamiert und als vermeintlicher Fehler hingestellt wird – die Entspannungspolitik. Aus seiner Sicht gibt es nicht mehrere Arten davon, wenngleich die Methoden und Mittel angepasst werden müssten. «Der Grundgedanke bleibt immer derselbe: Kooperation statt Konfrontation, Dialog statt Ausgrenzung, vernünftiger Interessenausgleich, gegenseitiger Respekt.»

Diese Politik im 20. Jahrhundert, an der er mitgewirkt hat, «als naiv, als Irrtum, als bedauerliche Kurzsichtigkeit darzustellen, das geht gegen die Ehre», betonte Verheugen. «Es geht wirklich gegen die Ehre derjenigen, die das erkämpft und durchgesetzt haben und damit Jahrzehnte des Friedens und unter anderem auch die deutsche Einheit und ein grosses Stück europäische Einheit möglich gemacht haben.»

Warnung vor ungehemmtem Rüstungswettlauf

Er widersprach der These des derzeitigen SPD-Co-Vorsitzenden, dass es Sicherheit in Europa nur gegen Russland gebe. «Das ist grundfalsch.» Das bedeute eine unendliche Aufrüstungsspirale, «die umso gefährlicher wird, als wir keine Rüstungskontrollpolitik mehr haben». Der Weg sei «frei für einen vollkommen ungehemmten Rüstungswettlauf. Der wird auch kommen, wenn nicht die Erkenntnis zurückgewonnen wird, dass unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen über was auch immer das gemeinsame Interesse überwiegt.»

Die Entspannungspolitik sei nicht nur interessengeleitet, «sondern vor allen Dingen wertebezogen», betonte Verheugen: «Sie orientiert sich am wichtigsten Grundwert überhaupt: dem Grundwert des Lebens.» Seine Erfahrung sei, «dass gesamteuropäische und kooperative Strukturen möglich sind und er plädiere dafür, diese Möglichkeit auch heute offenzuhalten. Irgendwann wird der Krieg zu Ende sein und wir müssen einen Weg finden, wie wir dann in Europa zusammenleben.»

Dann gebe es nur zwei Möglichkeiten: «Entweder wir schotten uns vollständig ab und schaffen einen neuen Eisernen Vorhang, diesmal aber vollkommen undurchdringlich. Oder wir versuchen es noch einmal auf Grundlage der Erkenntnisse, die wir in der Zwischenzeit gewonnen haben.» Verheugen hat allerdings mit Blick auf die gegenwärtige politische Klasse hierzulande wenig Hoffnung. Deshalb setzt er auf die Zivilge-

sellschaft, die die Regierenden zwingen müsse, «in diese Debatte einzutreten und klar zu sagen, was sie eigentlich wollen, welche Ziele sie verfolgen und mit welchen Mitteln sie diese Ziele verfolgen».

Sandra Kostner/Stefan Luft (Hg.): „Ukrainekrieg – Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht“

Verlag Westend Academics 2023. 352 Seiten; ISBN: 978-3-949925-10-8; 24 Euro

Quelle: <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/verheugen-bei-buchvorstellung-wir-arbeiten-nicht-am-frieden/>

«Die Grundlage unserer Wehrhaftigkeit» Bundesregierung legt Nationale Sicherheitsstrategie vor, verortet Deutschland im globalen Machtkampf gegen Russland und China und verordnet der gesamten Bevölkerung «Wehrhaftigkeit».

German Foreign Policy

BERLIN (Eigener Bericht) – Die am gestrigen Mittwoch offiziell vorgelegte Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung verortet Deutschland fest im Machtkampf gegen Russland und gegen China und unterwirft die gesamte Gesellschaft einem alles umfassenden Begriff angeblicher Sicherheit. Wie es in dem Papier heisst, befinde sich die Welt aktuell «in einem Zeitalter wachsender Multipolarität», in dem neue Mächte aufstiegen. Während China «Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale» zugleich sei, sei Russland dagegen «auf absehbare Zeit die grösste Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum». Entsprechend bekräftigt die Sicherheitsstrategie, es gelte nun, die Bundeswehr umfassend aufzurüsten, sie «zu einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa» zu machen und Deutschland zudem zur militärischen Drehscheibe für die NATO zuzurichten. Spezielle Bedeutung misst das unter Federführung von Aussenministerin Annalena Baerbock erstellte Papier der Fähigkeit der Bevölkerung bei, im «Konfliktfall» jederzeit «die nötige Widerstandskraft ... zu entwickeln»; dazu müsse «jede und jeder Einzelne» beitragen. «Wehrhaftigkeit» wird zum alles dominierenden, im Kern totalitären Imperativ.

Globale Umbrüche

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung wird in einer Zeit vorgelegt, in der tiefe Umbrüche die internationale Politik umwälzen. Der globale Einfluss Deutschlands, der EU und des transatlantischen Westens wird erkennbar schwächer. China steigt weiter auf und bietet sich zahlreichen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas als Alternative zur alleinigen Orientierung auf die ehemaligen westlichen Kolonialmächte an. Auch Russland ist in einigen Ländern und Regionen, insbesondere in Syrien und in Westafrika, durchaus mit Erfolg dabei, die westlichen Mächte abzudrängen, und es hat zudem mit seinem Angriff auf die Ukraine das westliche Gewaltmonopol sogar in Europa herausgefordert. Neue Bündnisse wie die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), sämtlich aufstrebende Schwellenländer, oder die bislang um China, Russland und Zentralasien zentrierte Shanghai Cooperation Organisation (SCO) erhalten Zulauf. Die Rede von einer Weltordnung, die multipolar geprägt ist, also keine dominierende Supermacht wie die Vereinigten Staaten und keinen alles beherrschenden Machtblock wie den um die NATO zentrierten Westen mehr kennt, ist keine gehaltlose Phrase mehr, sondern entspricht immer klarer der Realität.

«Elemente der Rivalität»

Die Bundesregierung erkennt das in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie im Grundsatz an: «Wir leben», heisst es in dem Papier, «in einem Zeitalter wachsender Multipolarität.» Dabei bezieht Berlin vor allem gegen Russland und China Position. Über China heisst es in Übernahme der seit einigen Jahren genutzten Standardformel, es sei «Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale» zugleich.[1] «Partner» bezieht sich darauf, dass wichtige deutsche Konzerne auf das Chinageschäft angewiesen sind.[2] «Wettbewerber» zielt darauf, dass es chinesischen Unternehmen immer öfter gelingt, mit Erfolg als Konkurrenten deutscher Firmen aufzutreten. «Systemischer Rivale» nimmt den Umstand aufs Korn, dass die Volksrepublik ihren Aufstieg in Weltwirtschaft und -politik fortsetzt und dabei mittlerweile auf allen Kontinenten erheblich an Einfluss gewinnt; in der westlichen PR wird die sich daraus ergebende Rivalität mit dem Westen gerne als ein «systemischer» Gegensatz («Demokratie versus Autoritarismus») verbrämt. Eine ausführlichere Darstellung der neuen Chinapolitik der Bundesregierung wird erst in einigen Wochen oder Monaten mit der seit langem angekündigten neuen Berliner Chinastrategie präsentiert. Schon jetzt heisst es aber, «Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs» nähmen inzwischen zu.

«Die grösste Bedrohung»

Hauptgegner ist aus Sicht der Bundesregierung allerdings nicht China, sondern Russland. «Das heutige Russland», so heisst es in der Nationalen Sicherheitsstrategie, «ist auf absehbare Zeit die grösste Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum.» Auch um sich gegen Moskau durchsetzen zu kön-

nen, schreibt das Berliner Strategiepapier die massive Aufrüstung der Bundeswehr fest, die «ihre militärische Präsenz im Bündnisgebiet ... weiter ausbauen und verstetigen» und zugleich «zu einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa» werden soll; Ziel sei es, «schnell und dauerhaft reaktions- und handlungsfähig» zu sein. Dabei soll Deutschlands Funktion «als logistische Drehscheibe im Zentrum der Allianz», die seit 2020 im Rahmen der «Defender-Manöver eingeübt wird – aktuell: Air Defender 23[3] –, gestärkt werden; es gehe, erläutert die Bundesregierung, nicht nur um Massnahmen zum «Schutz der Verbündeten bei ihrem Aufenthalt in Deutschland», sondern insbesondere um den Aufbau weiterer «Fähigkeiten zur logistischen Unterstützung, Gesundheitsversorgung, Fähigkeiten der Verkehrsführung». Nicht zuletzt bekennt sich die Regierung zur sogenannten nuklearen Teilhabe; dies gelte, heisst es explizit, «solange es Nuklearwaffen gibt».

Krieg und Wirtschaftskrieg

Sind Berlin und Brüssel im Machtkampf gegen Moskau zur Zeit noch klar auf die NATO angewiesen, so hält die Bundesregierung auf lange Sicht am Ziel fest, «die Europäische Union zu einer geopolitisch handlungsfähigen Akteurin [zu] machen», die «ihre Sicherheit und Souveränität» eigenständig gewährleisten kann. Dazu will sie in einem ersten Schritt «den europäischen Pfeiler» der NATO stärken; dies verschaffe «eigenständige europäische Handlungsfähigkeit». In diesem Kontext führt die Nationale Sicherheitsstrategie «moderne, leistungsfähige Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten» ebenso auf wie «eine leistungs- und international wettbewerbsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie». Das Berliner Strategiepapier insistiert zudem auf einer breiten wirtschaftlichen Unabhängigkeit, die insbesondere auch die «technologische und digitale Souveränität» der EU umfasst. In Zukunft soll das europäische Staatenkartell dabei wirtschaftliche Zwangsmassnahmen noch umfassender nutzen als bisher: «Die Bundesregierung», heisst es, «setzt sich für einen zielgerichteten und flexiblen Einsatz von Sanktionen der EU ein und stellt eine effektive Sanktionsdurchsetzung auf nationaler Ebene sicher.» Internationale Kooperation, etwa mit den G7, soll «Effektivität und Effizienz» der Sanktionen erhöhen.

«Die Sicherheitsstrategie leben»

Besondere Bedeutung misst die Bundesregierung nicht zuletzt der «Resilienz» bei – der Fähigkeit der gesamten Bevölkerung, im «Konfliktfall» stets «die nötige Widerstandskraft ... zu entwickeln». Um die gewünschte Resilienz zu gewährleisten, müsse man nicht nur über «gut ausgebildete Sicherheitsbehörden», über «Organisationen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr», «eine starke Wirtschaft» und eine fähige «Sicherheitsforschung» verfügen, heisst es in der Nationalen Sicherheitsstrategie. Es gelte nicht nur, «den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung mit essenziellen Gütern und Dienstleistungen» und «die zivile, auch logistische, Unterstützung für die Streitkräfte [zu] sichern». «Unverzichtbare Grundlage unserer Wehrhaftigkeit sind Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, ihren Beitrag hierzu zu leisten», heisst es weiter in dem Papier: «Zivilgesellschaftliche Organisationen», aber auch «jede und jeder Einzelne ... können und sollen hierzu beitragen.» «Wehrhaftigkeit» wird zum alles dominierenden, im Kern totalitären Imperativ für die gesamte Gesellschaft. «Die Herausforderungen für unsere Sicherheit ziehen sich durch alle Lebensbereiche», bekräftigte Aussenministerin Annalena Baerbock am gestrigen Mittwoch [4]; das von ihr geführte Auswärtige Amt forderte auf Twitter: «Jetzt kommt es darauf an, die Nationale Sicherheitsstrategie in der gesamten Gesellschaft zu leben.»

[1] Zitate hier und im Folgenden: *Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie. Berlin, Juni 2023.*

[2] S. dazu *Schäden im Wirtschaftskrieg.*

[3] S. dazu *Am Rande des Krieges (II).*

[4] Simon Clevén: „Frieden und Freiheit fallen nicht vom Himmel“: Regierung stellt Nationale Sicherheitsstrategie vor. *rnd.de* 14.06.2023.

erschieden am 15. Juni 2023 auf *GERMAN-FOREIGN-POLICY*

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_06_15_diegrundlage.htm

Während der Westen den Sieg in der Ukraine anstrebt, strebt der globale Süden nach Frieden

Ted Snider; erschienen am 14. Juni 2023 auf The LIBERTARIAN INSTITUTE

Es gibt einen aufschlussreichen Unterschied zwischen den Friedensvorschlägen für den russisch-ukrainischen Krieg, die aus dem globalen Süden kommen, und den Friedensvorschlägen, die aus dem mit der NATO verbündeten Westen kommen. Zunächst einmal hat der Westen keine Friedensvorschläge unterbreitet, während aus dem globalen Süden mehrere kamen. Aber wenn der Westen von einer Verhandlungslösung spricht, besteht er darauf, dass Russland den Krieg verliert, zuerst die wesentlichen Zugeständnisse

macht und erst dann über die Durchsetzung verhandelt. Der Globale Süden will nur, dass das Töten aufhört: Erst den Krieg beenden, dann über die Lösung verhandeln.

Der Westen hat seine Position in jeder Phase klar gemacht: Keine Forderung nach einem Waffenstillstand und keine Verhandlungen während des Krieges. Erst Russland besiegen, dann Gespräche führen, um eine Beilegung zu erzwingen. In den ersten Tagen des Krieges, als die Ukraine bereit war, über ein Ende der Kämpfe zu verhandeln, schimpfte der damalige britische Premierminister Boris Johnson über den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky, dass man den russischen Präsidenten Wladimir Putin unter Druck setzen und nicht mit ihm verhandeln sollte. Er fügte hinzu, dass die Ukraine zwar bereit sei, einige Abkommen mit Russland zu unterzeichnen, «der Westen aber nicht».

Der Westen weigert sich, während des Krieges zu verhandeln. «Jetzt sehen wir, wie Moskau vorschlägt, dass die Diplomatie aus dem Gewehrlauf heraus stattfindet oder während Moskaus Raketen, Mörser und Artillerie auf das ukrainische Volk zielen. Das ist keine echte Diplomatie», erklärte der Sprecher des Ausserministeriums, Ned Price. «Das sind nicht die Bedingungen für echte Diplomatie.» Man sollte den Krieg nicht durch Friedensverhandlungen beenden, sondern erst den Krieg gewinnen und dann verhandeln. «Wenn es Präsident Putin mit der Diplomatie ernst ist», so Price, «dann weiss er, was er tun kann. Er sollte die Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung sofort einstellen [und] den Rückzug seiner Streitkräfte aus der Ukraine anordnen.»

Als China einen Zwölf-Punkte-Friedensvorschlag vorlegte, lehnten die Vereinigten Staaten die Punkte zwei bis zwölf ab und bestanden darauf, dass der Vorschlag «bei Punkt eins aufhören» solle. Punkt eins besagte, dass «die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller Länder wirksam aufrechterhalten werden muss». Das amerikanische Drehbuch war klar: Erst muss Russland nachgeben und den westlichen Forderungen nachgeben, dann kann man über den Friedensvorschlag diskutieren. «Meine erste Reaktion darauf», spottete der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, «ist, dass es bei Punkt eins aufhören könnte, nämlich die Souveränität aller Nationen zu respektieren.» Blinken witzelte: «Wenn sie es mit dem ersten Punkt, der Souveränität, ernst meinen, dann könnte dieser Krieg morgen zu Ende sein.»

Es ist eine neue Theorie der Diplomatie, dass man in Kriegszeiten nicht mit Feinden verhandelt. Wann sollte man sonst verhandeln? Mit wem verhandelt man sonst? Ist es Diplomatie, wenn man nur das Ergebnis durchsetzt, das man im Krieg gewonnen hat?

Als Punkt drei des chinesischen Vorschlags eine «Einstellung der Feindseligkeiten» vorschlug, lehnten die Vereinigten Staaten dies ab. Der chinesische Vorschlag besagt, dass «Konflikte und Krieg niemandem nützen», und fordert, dass «alle Parteien Russland und die Ukraine dabei unterstützen sollten, in die gleiche Richtung zu arbeiten und den direkten Dialog so schnell wie möglich wieder aufzunehmen, um die Situation schrittweise zu deeskalieren und schliesslich einen umfassenden Waffenstillstand zu erreichen.» Aber die USA wollten den Dialog nicht «so schnell wie möglich» wieder aufnehmen. Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates, John Kirby, erklärte, dass ein Waffenstillstand zum jetzigen Zeitpunkt zwar gut klingen mag, aber unserer Meinung nach nicht den gewünschten Effekt hätte und «kein Schritt in Richtung eines gerechten und dauerhaften Friedens wäre». Er stellte dann klar, dass «wir Aufrufe zu einem Waffenstillstand zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen». Staatssekretär Antony Blinken nannte den Friedensvorschlag einen «taktischen Schachzug Russlands», der «von China unterstützt» werde, und warnte, dass «die Welt sich nicht täuschen lassen sollte».

Der globale Süden sieht die Diplomatie anders. Während der Westen die Kämpfe fortsetzen will, um Gespräche zu ermöglichen, will der Globale Süden die Kämpfe beenden, um Gespräche zu ermöglichen.

Am 16. Mai gab der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa bekannt, dass er mit Putin und Selensky telefoniert habe, die sich beide bereit erklärten, eine Delegation afrikanischer Staatschefs in ihren Hauptstädten zu empfangen, um einen möglichen Friedensplan zur Beendigung des Krieges zu erörtern. Neben Südafrika werden Senegal, Uganda, Ägypten, die Republik Kongo und Sambia an der Delegation teilnehmen. Im Gegensatz zu den westlichen Forderungen nach einem Abzug der russischen Truppen vom ukrainischen Territorium als Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen schlugen die afrikanischen Staatschefs vor, dass die Ukraine die Aufnahme von Friedensgesprächen mit Russland akzeptiert, auch wenn russische Truppen auf ihrem Boden verbleiben. Der Sprecher der südafrikanischen Ratspräsidentschaft, Vincent Magwenya, kehrte die Reihenfolge der westlichen Agenda um und erklärte: «An erster Stelle steht die Einstellung der Feindseligkeiten. An zweiter Stelle steht ein Rahmen für einen dauerhaften Frieden.»

Brasilien hat ebenfalls «auf einen Waffenstillstand gedrängt». Und am 3. Juni legte Indonesien einen Friedensplan vor, der wie die Vorschläge Chinas, Afrikas und Brasiliens den Waffenstillstand an die erste Stelle der Tagesordnung setzte, um die anschliessenden Gespräche zu ermöglichen. Der indonesische Vorschlag sieht zunächst einen Waffenstillstand vor, dann die Schaffung einer entmilitarisierten Pufferzone, gefolgt von Volksabstimmungen, die es der Bevölkerung der «umstrittenen Gebiete» ermöglichen würden, die Nachkriegsgrenzen demokratisch zu bestimmen.

Der Westen lehnte erneut die Reihenfolge der Tagesordnung ab. «Ich werde versuchen, höflich zu sein», antwortete der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov, «Es klingt wie ein russischer Plan... Wir

brauchen diese Vermittler nicht, die einen so seltsamen Plan vorschlagen.» Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außenpolitik, forderte einen «gerechten Frieden» und keinen «Frieden der Kapitulation». Aber inwiefern ist der indonesische Vorschlag «seltsam» oder ein «Frieden der Kapitulation»? Ein hochrangiger Beamter der Biden-Administration sagte der Washington Post: «Afrikanische Führer haben dem Weissen Haus und Beamten der Administration deutlich gemacht, dass sie einfach nur ein Ende des Krieges wollen.» Der Beamte räumte ein, dass Afrika und die Vereinigten Staaten «sich nicht einig sind, mit welcher Taktik eine Lösung herbeigeführt werden soll... denn die Afrikaner lehnen die Idee ab, Russland zu bestrafen oder darauf zu bestehen, dass Kiew jeder Lösung zustimmen muss.» Afrika setzt zuerst auf Diplomatie, der Westen setzt zuerst auf den Sieg. Während «die Afrikaner eine diplomatische Lösung für diesen Konflikt wünschen», will der Westen «nichts über die Ukraine ohne die Ukraine verhandeln», so der Beamte. Der Globale Süden will ein dauerhaftes Ende dessen, was er als europäischen Krieg und die dadurch verursachten globalen Schwierigkeiten ansieht. Man versucht nicht, Russland zu bestrafen und die Demokratie zu verteidigen, auch weil man nicht glaubt, dass dies ein Krieg für den Triumph der Demokratie über die Autokratie oder ein manichäischer Krieg zwischen Gut und Böse ist. Es handelt sich einfach um einen verheerenden Krieg, der beendet werden muss. Afrika erinnert sich an den westlichen Kolonialismus und die von ihm geförderten Staatsstriche. Und der indonesische Verteidigungsminister Prabowo Subianto erinnerte den Westen bei der Vorstellung des indonesischen Friedensvorschlags daran: «Wir in Asien haben unseren Anteil an Konflikten und Kriegen, die vielleicht noch verheerender und blutiger sind als das, was wir in der Ukraine erlebt haben... Fragen Sie Vietnam, fragen Sie Kambodscha, fragen Sie die Indonesier, wie oft wir überfallen worden sind.» Er hätte hinzufügen können, dass man Indonesien nach der halben bis einer Million Indonesier fragen sollte, die mit der Komplizenschaft der Vereinigten Staaten abgeschlachtet wurden.

Der Globale Süden hat eine ganz andere Sichtweise als der Westen, die zu einer ganz anderen Auffassung darüber führt, wie der Krieg beendet werden kann. Während der Westen sich weigert, die Kriegsparteien zu Verhandlungen über ein Ende des Krieges zu drängen und keine Friedensvorschläge unterbreitet hat, drängt der Globale Süden mit Nachdruck auf ein Ende des Krieges und hat mehrere Friedensvorschläge unterbreitet. Im Gegensatz zum Westen, der es vorzieht, den Krieg zu gewinnen, bevor er diplomatische Gespräche zulässt, befürwortet der Globale Süden einen Waffenstillstand, der den Krieg so schnell wie möglich beenden würde, um diplomatische Gespräche zu ermöglichen.

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_06_16_waehrendderwesten.htm

US-KETTENHUNDE DER ARD

Die Tagesschau will Russen jagen

Autor: Uli Gellermann, Datum: 14.6.2023

Hunde, die an der Kette liegen, sind besonders aggressiv. Sie beißen wild um sich, wenn sie ihr Territorium verteidigen. Die Tagesschau-Redaktion glaubt, dass sie das Deutschländchen verteidigen muss. Und weil das Ländchen den USA gehört, muss der Feind der USA erst verbellt und dann gebissen werden. Den deutschen Redakteuren hat man lange genug eingepflicht, die Russen seien der Feind der USA und der Deutschen. Deshalb sind sie so besonders verbissen bei der Russenjagd.

Fass den Iwan!

Jüngst erzählte die Tagesschau von der Zerstörung des Kachowka-Staudamms. Mit einer kommentierenden Zwischenüberschrift «Genauere Hintergründe noch unklar», versucht die Redaktion den Russen die Schuld an der Zerstörung zuzuschieben: «Fass den Iwan!» Dass die «Washington Post» Ende Dezember 2022 einen ukrainischen Generalmajor zu Wort kommen liess, der ungeniert die Zerstörung des Staudamms erwog, war in der Tagesschau nicht zu lesen oder zu hören. Da hat man Beisshemmnungen.

Taiwanische Regierung liegt auch an der Kette

Keine Hemmnungen kennt die ARD, wenn sie über die Bedrohung der Volksrepublik China berichtet. Unter der Überschrift «Penghu-Inseln Kriegsspiele, wo Taiwaner Urlaub machen» breitet man sich zwar über das taiwanische Militär aus, aber legt einer anonymen Touristin die antirussische Stossrichtung in den Mund: «Angst, dass es so ausgeht wie in der Ukraine.» Die taiwanische Regierung liegt auch an der Kette der USA, das schafft Solidar-Effekte.

Kläff, kläff – selten von Verstand begleitet

Dass man sogar von den Kettenfreunden beim SPIEGEL erfahren konnte, dass die USA ihren Militär-Stützpunkt auf Taiwan aufstocken, dass es also die USA sind, die mal wieder die internationalen Spannungen anheizen, das hat die Hundehütte der ARD nicht erreicht. «Kläff, kläff» ist selten von Verstand begleitet.

Zuschauer machen mit

Auch diese Ausgabe der MACHT-UM-ACHT stützt sich auf eine Vielzahl von Zuschauer-Zuschriften, die an diese Adresse gesandt wurden: DIE-MACHT-UM-ACHT@apolut.net Dafür bedankt sich die Redaktion ganz herzlich.

Hier geht es zum Video: <https://apolut.net/die-macht-um-acht-131/>

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/us-kettenhunde-der-ard>

USA – Guter Witz

Mittwoch, 14. Juni 2023, von Freeman-Fortsetzung um 04:25



Biden stirbt. Nach einem Jahr im Jenseits langweilt er sich und fragt Gott, ob er auf die Erde kommen kann, um zu sehen, wie es seinem Land geht.

☞ Gott lässt ihn gehen, aber nur an einen Ort und nur um eine Person zu treffen. Biden beschliesst, in eine Bar in New York zu gehen, die gegenüber der UNO liegt, der Barkeeper ist dort immer gut informiert.

🍺 Biden bestellt ein Bier und fragt den Barkeeper, wie es dem Land geht, wie es sich entwickelt, welche Probleme es hat

🍺 Der Barkeeper antwortet erstaunt: «Welche Probleme kann es denn geben? Die ganze Welt gehört jetzt uns!»

🍺 Biden ist ungläubig: «Was ist mit Irak, Afghanistan, Syrien, diesen verdammten Arabern mit ihrem Öl?»

🍺 Der Barkeeper bleibt hartnäckig: «Das gehört alles uns!»

🍺 Biden lässt sich nicht beruhigen: «Und Europa, Afrika?»

🍺 Der Barkeeper stolz: «Ich sagte doch, die ganze Welt gehört uns!»

Biden, der nun glücklich und zufrieden ist, trinkt sein Bier aus und sagt: «Thanks, man! Wie viel schulde ich Dir für das Bier?»

🍺 Barkeeper: «Fünf Rubel ...»

🇷🇺🇩🇪 ☆Russländer Humor (<https://t.me/russlaenderHumor>)☆🇩🇪

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/06/usa-guter-witz.html#ixzz8503oqzBm>

Bidens Lieblingsfalke fordert ein Blutvergiessen ohne Ende

Autor: Seymour Hersh, 14. Juni 2023



US-Aussenminister Antony Blinken in Helsinki:
Ein Waffenstillstand wäre nur der Vorteil von Russland. (Bild Substack)

US-Aussenminister Antony J. Blinken hat in einer Rede am 2. Juni in Helsinki Finnland als neues Mitglied der NATO begrüsst. Als Berufsfalke, wenn es um Russland geht, übertraf er sich selbst in der Schärfe seines Engagements für den Ukraine-Krieg. Erneut wies er jegliches Gerede über einen Waffenstillstand zurück – etwas, das die zunehmend bedrängte ukrainische Armee und die ukrainische Bevölkerung dringend nötig hätten.

«Nun, in den kommenden Wochen und Monaten», erklärte Blinken, «werden einige Länder einen Waffenstillstand fordern. Und oberflächlich betrachtet klingt das vernünftig, sogar verlockend. Denn wer will nicht, dass die Kriegsparteien ihre Waffen niederlegen? Wer will nicht, dass das Töten aufhört? Aber ein Waffenstillstand, der die derzeitigen Linien einfach einfriert und es Putin ermöglicht, die Kontrolle über das eroberte Gebiet zu festigen und sich dann auszuruhen, wieder aufzurüsten und erneut anzugreifen, das ist kein gerechter und dauerhafter Frieden. Es ist ein potemkinscher Frieden. Er würde Russlands Landraub legitimieren. Er würde den Aggressor belohnen und das Opfer bestrafen.»

Kennt Amerikas Aussenminister die historische Bedeutung und den Erfolg der internationalen Friedenstruppen nicht – oder will er sie nicht kennen? Ist ihm die Arbeit des Diplomaten Richard Holbrooke nicht bekannt, so umstritten dieser auch gewesen sein mag? Er verhandelte 1995 über ein Ende der mörderischen ethnischen Gewalt in Bosnien und Herzegowina zwischen Serben, Kroaten und Muslimen. Ihr gegenseitiger Hass war so intensiv wie die Gefühle, die jetzt unter den Bürgern und Militärs in der Ukraine gegenüber ihren russischen Gegnern schwelen.

Blinken schloss seine Rede: «Wenn ein freies Volk wie die Ukrainer die Unterstützung freier Nationen auf der ganzen Welt im Rücken hat – Nationen, die ihr Schicksal und ihre Freiheit anerkennen –, dann sind ihre Rechte und ihre Sicherheit untrennbar miteinander verbunden, und die Stärke, die sie besitzen, ist nicht nur immens. Sie ist nicht zu stoppen.»

Blinkens eigentliche Botschaft hätte auch einfacher formuliert werden können: Ich hasse die Russen und lasse deshalb das Blut fließen.

Blinken erzählte noch einmal, wie er im Februar 2022 den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – lange Zeit ein US-amerikanisches politisches Instrument, wenn auch durch die Vetomacht Russlands und Chinas eingeschränkt – warnte, dass eine russische Invasion unmittelbar bevorstehe und dass Amerika, wenn sie stattfände, zusammen mit seinen NATO-Verbündeten der Ukraine bei der Verteidigung ihres Territoriums helfen würde.

Mehr als fünfzehn Monate später sagte Blinken vor dem finnischen Publikum, dass das anhaltende Gemetzel auch eine positive Seite habe: «Es ist keine Frage: Russland steht heute deutlich schlechter da als vor seiner gross angelegten Invasion der Ukraine – militärisch, wirtschaftlich und geopolitisch.» Die Europäische Union sei geeinter denn je und habe der Ukraine mehr als 75 Milliarden Dollar an militärischer, wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe zur Verfügung gestellt. Ausserdem habe sie mehr als 8 Millionen ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. (Ich habe über die wachsenden Kosten und Ängste der regionalen Flüchtlingskrise infolge des Krieges bereits geschrieben. Viele der Nachbarn der Ukraine, die Russland und Putin durchaus feindlich gesinnt sind, haben den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky trotzdem insgeheim gedrängt, sich um einen Waffenstillstand und um ein Ende des Gemetzels zu bemühen.)

Russlands Wirtschaftswachstum hat sich aufgrund der Kosten des Krieges verringert, aber Russland ist alles andere als isoliert. Die Beratungsfirma «Intelligence Unit» der britischen Zeitschrift «Economist» berichtete schon im März, also ein Jahr nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, dass «eine wachsende Zahl von Ländern sich auf die Seite Russlands stellt. ... Viele Länder, die sich für neutral oder bündnisfrei halten, haben seit dem Beginn der Invasion ihre Haltung geändert.» In dem Bericht heisst es, dass «es eine grosse Verschiebung in der Haltung der Länder gegeben hat, die Russland zugeneigt sind, deren Zahl von 29 auf 35 gestiegen ist. China ist nach wie vor das wichtigste Land in dieser Kategorie, aber auch andere Entwicklungsländer» – der Bericht nannte zum Beispiel Südafrika, Mali und Burkina Faso – «sind in diese Gruppe aufgestiegen, die nun 33 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht. Diese Trends unterstreichen den wachsenden Einfluss Russlands in Afrika.» Der Bericht führt auch einen Rückgang der Länder an, die den russischen Krieg in der Ukraine aktiv verurteilen, «da einige Schwellenländer zu einer neutralen Position übergegangen sind». Der Block der Länder, die die Ukraine jetzt stark unterstützen, repräsentiert denn auch nur etwa 36 Prozent der Weltbevölkerung.

Man könnte meinen, dass ein amerikanischer Aussenminister mit seinem internationalen Einfluss die Pflicht hätte, die amerikanische Glaubwürdigkeit hochzuhalten und nicht durch eine falsche Darstellung der Weltlage zu schmälern. Eine andere Erklärung ist, dass Blinken eben nur jene Welt sieht, die hinter der amerikanischen Macht steht.

Blinken sagte zum Beispiel, dass Europa «eine schnelle und entschiedene Abkehr von russischer Energie vollzogen» habe, als Berlin Nord Stream 2 – die gerade fertiggestellte Pipeline nach Deutschland, die ihren Ursprung in Russland hat – sofort gestoppt habe. Wäre Nord Stream 2 in Betrieb genommen worden, hätte sie die Kapazität verdoppelt, billiges russisches Gas direkt zu deutschen Haushalten und Unternehmen zu leiten. Olaf Scholz, der deutsche Bundeskanzler, der unter dem Druck des Westens stand, hat die Gasströme

aus den neuen Pipelines nie angezapft. (Die amerikanischen Geheimdienstler, die mit der von Biden genehmigten Mission zur Sprengung der Pipeline beauftragt waren und über die ich berichtet habe, wussten nicht, dass die 767 Meilen langen Pipelines, die sie zerstören sollten, russisches Erdgas enthielten).

Es ist möglich, dass die geheime amerikanische Mission schlecht informiert war, aber es ist auch möglich, dass Scholz sogar befohlen hatte, die Pipeline mit Gas zu füllen, was ihm mehr Optionen gegeben hätte, falls der Krieg nicht so gut verlaufen wäre. Das hätte auch die verdeckte Mission der Amerikaner potenziell gefährlicher gemacht. Präsident Biden aber hat Scholz diese Möglichkeit, falls Scholz diese Absicht tatsächlich hatte, genommen, indem er am 26. September die Zerstörung der Pipeline anordnete. Ob Scholz ein Mitspracherecht bei der Zerstörung der Pipeline hatte, ist unklar. Aber Bidens rücksichtsloser Schritt brachte Scholz in eine Sackgasse. Scholz konnte sich nicht mehr von der Unterstützung des Ukraine-Krieges zurückziehen und trotzdem das Gas haben, das er brauchte, um seine Fabriken am Laufen und seine Bevölkerung warm zu halten. Das Gas wurde nun eh abgestellt, ob Deutschland es wollte oder nicht.

Scholz und Deutschland haben den Mangel an russischem Gas im letzten Winter dank ausreichender Vorräte, eines wärmeren Winters als üblich und Milliarden an staatlichen Subventionen für deutsche Haushalte und Unternehmen gut überlebt. Im Mai veröffentlichte «Politico» aber eine düstere Prognose mit der Überschrift: «Deutschland ist in die Rezession gerutscht und jeder sollte sich Sorgen machen.» In der Meldung von Johanna Treeck hiess es, die jüngsten Daten zeigten, dass Deutschland, die grösste Volkswirtschaft der Eurozone, die unter anderem durch die hohen Energiepreise angeschlagen sei, wirtschaftlich nun schrumpfe. Die Experten seien überzeugt, schrieb Treeck: «Das ist keine Eintagsfliege.»

Ich habe Sarah Miller, eine Energieexpertin und Herausgeberin von Energie-Fachzeitschriften, nach ihrer Meinung über den Zustand der deutschen und europäischen Wirtschaft gefragt. «Ich bin überrascht», sagte sie mir, «dass die deutsche Rezession nicht schlimmer ist, als sie ist, und dass sie sich nicht früher in den Daten niedergeschlagen hat. Und ja, der Verlust des russischen Gases und die daraus resultierenden hohen Energiepreise sind die Hauptfaktoren für die deutsche Rezession. Ich glaube nicht, dass das bestritten werden kann. Die deutsche/europäische Entscheidung im letzten Herbst [nach der Nord Stream-Explosion], alles zu zahlen, um teureres LNG [flüssigerdgas] zu kaufen, hat im Grunde genommen dazu geführt, dass Gas zu einer weltweiten Wachstumsbranche geworden ist.»

Samuel Charap, ein Russlandwissenschaftler, hat gerade einen Aufsatz in «Foreign Affairs» über Washingtons Strategie in der Ukraine veröffentlicht. Charap diente in der Obama-Regierung und ist jetzt bei der RAND Corporation tätig. Er ist kein Freund Russlands oder der, wie er es nennt, «nebulösen» Vorstellungen Amerikas über ein Endspiel des Krieges oder das Fehlen eines solchen. Er hat viele Ideen für Zwischenschritte, die zu ernsthaften Friedensgesprächen oder, wie er es ausdrückt, «zur Erleichterung eines Endspiels» führen könnten. Dazu gehören ein Waffenstillstandsabkommen, entmilitarisierte Zonen, gemeinsame Kommissionen für die Beilegung von Streitigkeiten und Garantien Dritter – Massnahmen, die sich gut anfühlen und die es erbitterten Feinden ermöglichen sollten, Frieden zu schliessen, ohne ihre grundlegenden Differenzen zu überwinden.

Das ist wenig Neues, aber es könnte ein Anfang sein. Schade, dass der Name Antony Blinken in Charaps Artikel nicht auftaucht.

Zum Originalartikel von Seymour Hersh in US-englischer Sprache.

Zum Autor: Seymour Myron «Sy» Hersh (8. April 1937 in Chicago, Illinois) ist ein US-amerikanischer investigativer Journalist und politischer Publizist. 1969 erlangte er weltweite Anerkennung für die Aufdeckung des zunächst vertuschten Massakers von My Lai während des Vietnamkriegs. In den 1970er Jahren berichtete Hersh für die New York Times über den Watergate-Skandal, über die geheime US-Bombardierung Kambodschas und das Programm der CIA zur Inlandsspionage. Im Jahr 2004 stellte er die von US-Militärs zu verantwortenden Folterpraktiken und Misshandlungen von Gefangenen in Abu Ghraib im Irak dar. Er gewann 1970 den Pulitzer-Preis für internationale Berichterstattung und eine Vielzahl weiterer Preise, darunter fünfmal den George Polk Award; darüber hinaus erhielt er den National Magazine Award und den National Book Critics Circle Award (Wikipedia).d.*

Quelle: <https://globalbridge.ch/bidens-lieblingsfalke-fordert-ein-blutvergiessen-ohne-ende/>

Der Zusammenbruch von Kiew

von Thierry Meyssan; VOLTAIRE NETZWERK | PARIS (FRANKREICH) | 13. JUNI 2023

Das Waffengeschick hat entschieden. Die Stunde der Wahrheit hat gesprochen. Die ukrainische Gegenoffensive ist kläglich gescheitert. Die beträchtliche Bewaffnung der NATO war nutzlos. Das Schlachtfeld ist übersät mit Leichen. Für nichts. Die Gebiete, die der Russischen Föderation durch ein Referendum beigetreten sind, bleiben russisch.

Dieses «Schachmatt» markiert nicht nur das Ende der Ukraine, wie wir sie kannten, sondern auch das Ende der Vorherrschaft des Westens, der auf seine Lügen gesetzt hatte.

Die multipolare Welt wird in diesem Sommer anlässlich mehrerer internationalen Gipfeltreffen entstehen können. Eine neue Denkweise, in der die Gewalt nicht mehr das Gesetz macht.

Dieser Artikel wurde am 10. Juni geschrieben. Zu diesem Zeitpunkt kamen die einzigen verfügbaren Informationen von Russland und den alliierten Generalstäben. Die Ukraine hatte ein totales Embargo auf ihre Gegenoffensive verhängt. Wir hätten daher mit der Veröffentlichung dieses Textes warten sollen. Wir dachten jedoch, dass die Ukraine, wenn sie in der Lage gewesen wäre, die erste russische Verteidigungslinie zu durchbrechen, auch ohne in die Bresche einzudringen, dies bekannt gemacht hätte. Aus diesem Grund veröffentlichen wir diese Analyse.



In sechs Tagen, vom 4. bis 10. Juni 2023, startete die ukrainische Armee ihre Gegenoffensive – und erlitt eine schreckliche Niederlage.

Im Lauf des Sommers errichteten die russischen Streitkräfte zwei Verteidigungslinien in dem von ihnen befreiten Teil Neurusslands und im Donbass. Sie verhindern den Durchgang aller Tanks.

Die ukrainischen Streitkräfte haben ein Dutzend Angriffspunkte ausgewählt, um «vom Feind besetztes» Gebiet zurückzuerobern. Ihre Panzer konnten die erste russische Verteidigungslinie nicht durchbrechen und stauten sich vor ihr, wo sie einer nach dem anderen von russischer Artillerie und Selbstmorddrohnen zerstört wurden.

Gleichzeitig beschoss das russische Militär innerhalb des ukrainischen Territoriums Kommandozentralen und Arsenale mit Raketen und zerstörte sie.

Die ukrainische Luftabwehr war sofort nach ihrer Einrichtung durch russische Hyperschallraketen zerstört worden. Ohne diese Abwehr konnten die Ukrainer die von der NATO geplanten Manöver nicht durchführen. Russland hat seine neuen Waffen nicht eingesetzt, mit Ausnahme seines NATO-Waffenstörsystems und einiger seiner Hyperschallraketen.

Die Grenze ist nichts anderes mehr als ein langer Friedhof von Panzern und Soldaten. Die Flughäfen sind voll mit rauchenden Wracks von Mig-29 und F-16.

Die Stäbe der Vereinigten Staaten, des Atlantischen Bündnisses und der Ukraine geben sich gegenseitig die Schuld für diese historische Katastrophe. Mehrere hunderttausend Menschenleben und 500 Milliarden Dollar wurden umsonst verschwendet. Die westlichen Waffen, die in den 90er Jahren die Welt erschütterten, sind wertlos im Vergleich zum russischen Arsenal von heute. Die Macht hat die Seiten gewechselt.

Schon jetzt zwingen sich zwei Schlussfolgerungen auf:

NICHT DIE UKRAINISCHE ARMEE MIT DEN «INTEGRALEN NATIONALISTEN» VERWECHSELN

Wenn es auch keine ukrainische Armee mehr gibt, die in der Lage ist, einen Krieg mit hoher Intensität zu führen, gibt es immer noch die Kräfte der «integralen Nationalisten» (manchmal auch «Banderisten» oder «Ukro-Nazis» genannt). Aber sie sind nur für Kriege geringer Intensität ausgebildet. Ihre Anführer kämpften Ende der 90er Jahre im Auftrag der CIA- und der NATO-Geheimdienste in Tschetschenien, und manchmal in den 2020er Jahren in Syrien. Sie sind für gezielte Tötungen, Sabotage und Massakern an Zivilisten ausgebildet. Nichts anderes.

Es ist ihnen gelungen

- die russisch-deutsch-französisch-niederländische Gaspipeline Nord Stream zu sabotieren, um Deutschland und dann die Europäische Union am 26. September 2022 in eine Rezession zu stürzen.
- die Brücke über die Strasse von Kertsch (bekannt als «Krim-Brücke») am 8. Oktober 2022 zu sabotieren.
- den Kreml mit Drohnen am 3. Mai 2023 anzugreifen,
- am 26. Mai 2023 die Ivan Kurs, das Aufklärungsschiff, das die Gaspipeline Turkish Stream im Schwarzen Meer verteidigt, mit Drohnen anzugreifen.

- den Kachowka-Staudamm zu sabotieren, um Neurussland am 6. Juni 2023 in zwei Teile zu teilen.
- die Ammoniak-Pipeline zwischen Togliatti und Odessa am 7. Juni 2023 zu sabotieren, um die russische Mineraldüngerindustrie zu zerstören.

Genauso wie schon in den beiden Weltkriegen und im Kalten Krieg stellten sie ihre terroristische Fähigkeit unter Beweis, spielten aber auf dem Schlachtfeld keine entscheidende Rolle.

Es ist wichtiger denn je, unter den Ukrainern zwischen den Militärs, die dachten, ihr Volk zu verteidigen, und den «integralen Nationalisten» [1] zu unterscheiden, welche sich nicht um ihre Landsleute kümmern und seit einem Jahrhundert versuchen, die Russen und ihre Kultur auszurotten.

DIE UKRAINE, DIE WIR KANNTEN, IST TOT

Bis jetzt ist die Ukraine vor allem eine Macht der Kommunikation. Kiew ist es gelungen, die Leute glauben zu machen, dass der Putsch von 2014, der einen demokratisch gewählten Präsidenten zugunsten integraler Nationalisten stürzte, eine Revolution war. In ähnlicher Weise ist es Kiew gelungen, die Menschen vergessen zu lassen, wie es die Bürger im Donbass niedergemacht hat, indem es ihnen den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verweigerte, die Gehälter der Beamten und Renten an ältere Menschen nicht zahlte und schliesslich die Städte des Donbass bombardierte. Schliesslich gelang es Kiew, dem Westen Märchen aufzutischen und ihn davon zu überzeugen, dass die Ukraine ein homogenes Land sei, in dem eine einzige Bevölkerung eine gemeinsame Geschichte erlebte.

Wie in den meisten Kriegen gibt es auch hier einen Aspekt von «Bürgerkrieg» [2]. Heute muss jeder zur Kenntnis nehmen, dass die von Wladimir Putin veröffentlichte Analyse im Gegensatz zu dem, was behauptet wurde, keine Rekonstruktion der Geschichte war, sondern eine faktische Wahrheit. Die Bevölkerung des Donbass ist zutiefst russisch. Die Bevölkerung von Neurussland (einschliesslich der Krim) ist von russischer Kultur, obwohl sie eine andere Geschichte hat (Neurussland hat nie Leibeigenschaft gekannt). Die Ukraine hat in der Geschichte nie als unabhängiger Staat existiert, mit Ausnahme eines Jahrzehnts, in den Zeiträumen 1917–22 und 1941–45, und weitere drei Jahrzehnte, seit 1991.

Während dieser drei Perioden hörte Kiew nie auf, sein Volk säubern und seine Bürger massakrieren zu wollen, als die integralen Nationalisten an der Macht waren (1917–22 mit Simon Petljura, 1941–45 mit Stepan Bandera und 2014–22 mit Petro Poroschenko und Wolodymyr Selensky). Insgesamt haben die «integralen Nationalisten» – wie sie sich selbst nennen – in einem Jahrhundert mehr als 3 Millionen ihrer Landsleute ermordet.

Bereits während des Ersten Weltkriegs hatte sich die Bevölkerung Neurusslands um den Anarchisten Nestor Machno erhoben; während des Zweiten Weltkriegs hatte die Bevölkerung des Donbass und Neurusslands sich als Sowjets erhoben; aber diesmal kämpft sie mit den russischen Streitkräften gegen die «integralen Nationalisten» Kiews.

Der einzige Weg, diese Massaker zu stoppen, besteht darin, die «integralen Nationalisten» von der russisch kultivierten Bevölkerung, die sie töten wollen, zu trennen. [3]. Da die NATO 2014 einen Putsch organisiert und sie an die Macht gebracht hat, gibt es keinen anderen Weg, als die derzeitige Teilung des Landes und sie in Kiew an der Macht zu lassen. Es sind die Ukrainer, und nur sie, die sie stürzen müssen.

Die aktuellen Militäroperationen haben dies bereits vollbracht. Der von den Russen befreite Teil stimmte in einem Referendum für den Beitritt zur Föderation. Der russische Vormarsch im vergangenen Jahr wurde jedoch von Präsident Wladimir Putin im Rahmen der Verhandlungen, die in Belarus und dann in der Türkei geführt wurden, mit der Ukraine unterbrochen. Odessa ist nach wie vor ukrainisch, während es kulturell russisch ist. Transnistrien ist immer noch moldauisch, während es kulturell russisch ist.

Der Krieg ist technisch gesehen beendet. Keine Offensive wird fähig sein, die derzeitigen Grenzen zu ändern. Die Kämpfe können sich natürlich in die Länge ziehen und man ist weit von einem Friedensvertrag entfernt, aber das Spiel ist aus. In der Ukraine und in Moldawien gibt es nach wie vor ein Problem: Odessa und Transnistrien sind immer noch nicht russisch. Vor allem aber bleibt ein grundsätzliches Problem: Die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses haben unter Verletzung ihrer mündlichen und schriftlichen Verpflichtungen US-Waffen an der Grenze Russlands gelagert und damit dessen Sicherheit gefährdet.

Übersetzung: Horst Frohlich

Korrekturlesen: Werner Leuthäusser

[1] „Wer sind die ukrainischen integralen Nationalisten?“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Korrekturlesen : Werner Leuthäusser, Voltaire Netzwerk, 15. November 2022.

[2] « Le conflit en Ukraine est-il une guerre civile ? » [Ist der Ukrainekrieg ein Bürgerkrieg ?] auch auf Englisch, Réseau Voltaire, 15 novembre 2022.

[3] „Ukraine: Der Zweite Weltkrieg geht weiter“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Korrekturlesen : Werner Leuthäusser, Voltaire Netzwerk, 26. April 2022.

Quelle: <https://www.voltairenet.org/article219468.html>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org

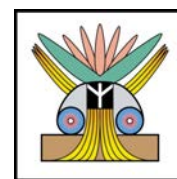


© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz